

## **„Governance of Big Transformations“**

**Tagung der DVPW-Sektion Vergleichende Politikwissenschaft vom 21. bis 23. März 2019 in München**

*Stefan Wurster & Miranda Schreurs<sup>1</sup>*

*Wir danken Jessica Bente, Florian Brunner, Annika Essmann, Robin Herberg, Bosun Kang, Mariam Khuchua und Katharina Pollich für ihre Unterstützung bei der Tagung und bei der Vorbereitung und Erstellung dieses Berichts.*

*Ebenso gilt unser Dank der Hochschule für Politik (HFP) sowie der Technischen Universität München (TUM) für die großzügige finanzielle und logistische Unterstützung der Tagung.*

### **Einführung**

Vom 21. bis 23. März 2019 fand die Jahrestagung der DVPW-Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ zum Thema „Governance of Big Transformations“ an der Hochschule für Politik (HFP) / TUM School of Governance in München statt. Sie wurde in Kooperation mit den DVPW-Arbeitskreisen „Demokratieforschung“ und „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“, sowie den DVPW-Themengruppen „Energietransformation“ und „Internet and Politics“ durchgeführt.

Das Hauptziel der Tagung war es, die Entstehung, Entwicklung und die politischen Implikationen und Konsequenzen großer Transformationen zu untersuchen. In vielerlei Hinsicht leben wir heute in einer Zeit großer Transformationsprozesse. Diese implizieren grundlegenden technologischen Wandel, wie er beispielsweise durch das Aufkommen von Big Data, Robotik, das Internet der Dinge, neue soziale Medien, künstliche Intelligenz, autonomes Fahren oder genetisch veränderte Organismen entsteht. Sie beinhalten aber auch massive ökologische Bedrohungen wie den Klimawandel, den Verlust von Biodiversität, die Plastikverschmutzung der Meere oder die Kontamination durch Chemikalien. Wir beobachten darüber hinaus Herausforderungen für demokratische Strukturen und Anzeichen für ein Wiederaufleben des Autoritarismus. Es gibt Konflikte zwischen Unterstützern und Gegnern der Globalisierung und ihrer zugrundeliegenden Strukturen. Einige Transformationsprozesse gehen dabei nur langsam und schrittweise voran und erfordern langfristige politische Lösungen. Andere sind disruptiv und erfordern schnelle politische Reaktionen. Einige sind regional, andere haben eine globale Reichweite. Die Veränderungen gehen dabei oft mit großer Unsicherheit und hoher Komplexität einher.

Dies führt zu grundlegenden Herausforderungen für politische Steuerung und Governance. Einerseits versprechen neue technologische Entwicklungen, Lösungsinstrumente für zum Teil langjährige Probleme bereitzustellen, auf der anderen Seite können sie aber auch unbeabsichtigte soziale, ökologische und gesundheitliche Folgen nach

---

<sup>1</sup> Miranda Schreurs, Lehrstuhl für Environmental and Climate Policy, Hochschule für Politik/ TUM School of Governance, Technische Universität München. [miranda.schreurs@hfp.tum.de](mailto:miranda.schreurs@hfp.tum.de)  
Stefan Wurster, Professur für Policy Analysis, Hochschule für Politik/ TUM School of Governance, Technische Universität München. [stefan.wurster@hfp.tum.de](mailto:stefan.wurster@hfp.tum.de)

sich ziehen. Sie können zu politischen und gesellschaftlichen Innovationen ebenso beitragen, wie sie auch öffentlichen Protest verstärken oder das Überleben politischer Systeme gefährden können. Um mit diesen hochkomplexen Veränderungsprozessen Schritt zu halten, müssen politische Entscheidungsträger neue Steuerungs- und Governanceinstrumente entwickeln, welche die Lern- und Anpassungsfähigkeit der Politik erhöhen. Neben innovativen Instrumenten, wie Sunset-Legislation, Etablierung von Quasimärkten oder Amtszeitbegrenzungen spielen dabei auch neue Formen partizipativerer Governance (Multi-Stakeholder-Kommissionen, Online-Petitionen, Ombudspersonen für zukünftige Generationen etc.) eine immer wichtigere Rolle. Zugleich haben die rasanten Veränderungsprozesse aber auch einige Regierungen veranlasst stärker auf nationalistische und protektionistische Instrumente zurückzugreifen und sich von globalen Institutionen und deren Normen (zumindest partiell) abzuwenden.

Aus der Perspektive der vergleichenden Politikwissenschaft ergeben sich vor diesem Hintergrund Fragen von großer theoretischer, empirischer wie praktischer Relevanz. Wie kann die vergleichende Politikwissenschaft am besten dazu beitragen, große Transformationsprozesse sinnvoll zu untersuchen? Neben konzeptionellen Überlegungen zu den Besonderheiten heutiger Transformationsprozesse im Unterschied zu früheren großen Veränderungen und den spezifischen (ökologischen, sozialen und/oder politischen) Implikationen großer Transformationen stellt sich aus theoretischer Perspektive die Frage, welche Theorien oder Kombination von Theorien sich besonders gut für die Analyse dieser Veränderungsprozesse eignen und welche neuen Theorienangebote besonders vielversprechend sind. Aus methodischem Blickwinkel ergeben sich ähnlich Fragen, wobei durch die technologischen Entwicklungen selbst, z.B. durch Big Data, Data Mining und künstliche Intelligenz, neue methodische Möglichkeiten und Optionen für die vergleichend angelegte politikwissenschaftliche Forschung entstanden sind, die sich ständig weiterentwickeln. Als weiterer Analysefokus kann auf den institutionellen, sozialen oder wirtschaftlichen Kontext großer Transformationsprozesse geblickt werden. Wie prägen unterschiedliche institutionelle Kontexte, politische Systeme oder Regime die Möglichkeiten von politischen Entscheidungsträgern, große Transformationsprozesse zu beeinflussen? Wie werden wiederum unterschiedliche politische Systeme und Regime von großen Transformationen beeinflusst? Gibt es beobachtbare Muster, wie verschiedene politische und wirtschaftliche Systeme auf die großen Veränderungen heute reagieren? Welche Rolle spielt dabei die politische Kultur eines Landes? Beeinflussen beispielsweise die wirtschaftlichen Bedingungen einer Gesellschaft deren Fähigkeit, auf neue Herausforderungen angemessen zu reagieren? Bei einem genaueren Blick auf die politischen Prozesse können Fragen nach der Rolle einzelner Akteure im politischen Entscheidungsprozess im Hinblick auf die Bearbeitung der zum Teil hochkomplexen neuen Herausforderungen im Mittelpunkt stehen. Welche unterschiedlichen politischen Prozesse sind dabei in Industrie- und Entwicklungsländern zu beobachten? Welche Formen von Konflikten und Protesten entwickeln sich als Reaktion auf rasche und grundlegende Veränderungen? Fokussiert man schließlich auf politische Handlungsoptionen so stellt sich insbesondere die Frage, welche Effekte neue Politikinstrumente für eine effektive Problemlösung in Zei-

ten großer Transformationsprozesse haben. Welche neuen Formen partizipativer Prozesse sind beobachtbar und welche politischen Konsequenzen haben sie? Abschließend lässt sich schließlich danach fragen, welche politischen Ratschläge auf Basis vergleichend angelegter politikwissenschaftliche Forschung entwickelt und der Gesellschaft beziehungsweise den politischen Entscheidungsträger zur Verfügung gestellt werden können?

Obwohl viele der grundlegenden aktuellen Veränderungen alle Länder betreffen, ist bereits jetzt absehbar, dass sich die Auswirkungen und Reaktionen je nach Problem, Regierungsebene oder politischem System erheblich unterscheiden können. Eine vergleichende Analyse über Ländergrenzen hinweg, aber auch innerhalb nationaler Grenzen, ist daher eine notwendige und zeitgemäße Aufgabe.

Ziel der Tagung war es daher, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Teilgebiete der vergleichenden Politikwissenschaft und darüber hinaus zusammenzubringen, die ein Interesse daran haben, diese fundamentalen Fragen großer transformativer Veränderungen und ihrer politischen Konsequenzen aus einer (international) vergleichenden Perspektive zu beleuchten. Insgesamt konnten im Rahmen der dreitägigen Konferenz 18 Panels mit insgesamt über 100 Vorträgen durchgeführt werden. Daneben bereicherten drei Keynote-Vorträge die Tagung. Im Folgenden werden zunächst die Inhalte der Keynote-Vorträge und im Anschluss daran die der 18 Panel kurz vorgestellt. Abgerundet wird die Zusammenstellung mit einem komprimierten inhaltlichen Fazit der Tagung.

## **Keynotes**

Eingerahmt wurde die Tagung durch Keynote-Vorträge von drei renommierten und ausgewiesenen Experten im Feld. In seinem Eröffnungsvortrag mit dem Titel "*Governance of Big Transformation in the Anthropocene?*" befasste sich *Klaus Töpfer* (ehemaliger Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, ehemaliger Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und ehemaliger Bundesminister für Raumordnung, Wohnen und Stadtentwicklung) mit der politischen Bearbeitung von großen Transformationen in der neuen geologischen Epoche des Anthropozäns. Da der Mensch heute zur treibenden Kraft jeglicher Veränderung auf dem Planeten geworden ist, entstehe so Töpfer ein neuer Grad an Verantwortung. Töpfer wies dabei auf die erheblichen Bedrohungen, die mit der Ausweitung menschlicher Handlungsmacht verbunden sind, hin. „It's the prerogative of old men to name dangerous developments“. Die moderne parlamentarische Demokratie habe Schwierigkeiten, diesen neuen Herausforderungen gerecht zu werden, da sie nicht immer langfristig handeln könne und für wichtige Fragen, wie beispielsweise den Klimawandel, immer auch Alternativmeinungen zulassen müsse. Als einen Ausweg aus dieser Problematik schlägt Töpfer die stärkere Berücksichtigung naturwissenschaftlicher Expertise und entsprechend aufzubauender Expertengremien vor, die auch Modelle für „angemessenen Handelns“ erarbeiten sollten.

*Uwe Schneidewind* (Präsident des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie) präsentierte am zweiten Tag der Konferenz in seinem Keynote-Vortrag "*Big Transformation and Societal Chance*" zentrale Inhalte seines neu erschienenen Buchs „Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels“. Die heutige Gesellschaft stehe vor einer kulturellen Herausforderung. Der Klimawandel gefährde die soziale Gerechtigkeit, da er verschiedene Gruppen und Regionen in unterschiedlichem Maße bedrohe. Es gibt, so Schneidewind, drei Sichtweisen darauf, wie man die Probleme einer großen Transformation am besten angehen könne. Die idealistische Sichtweise setzt dabei auf die Veränderung von Ideen, Konzepten und Werten einer Gesellschaft, während die institutionalistische Sichtweise demgegenüber die Entwicklung starker Institutionen zur Einleitung und Verstetigung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse präferiert. Die interventionistische Sichtweise erhofft sich die Lösung des Problems schließlich durch technische Entwicklung. In seinem Buch vertritt Schneidewind die idealistische Sichtweise. Eine moralische Revolution sei dabei unumgänglich. Eine so geartete gesellschaftliche Revolutionen laufe dabei nach dem Schema von Anthony-Appiah in einem fünfstufigen Prozess ab. Ausgehend von Ignoranz gegenüber dem Problem, über Anerkennung desselben, persönliche Vergegenwärtigung und prinzipienbasierten Handeln komme man letztendlich zu einem Zustand, in dem die Lösung des Problems als selbstverständlich angesehen werde. Die heutige Gesellschaft befinde sich im Hinblick auf die Lösung des Klimaproblems nach Schneidewinds Einschätzung erst im Übergang zur dritten Stufe. Am Ende seines Vortrags präsentierte Schneidewind dann einige konkrete Maßnahmen, um auf der Skala weiter voranzukommen.

*Dirk Messner* (Direktor der Universität der Vereinten Nationen, Institut für Menschen- und Umweltsicherheit, Bonn und Co-Direktor des Käte Hamburger Kollegs / Zentrums für Globale Kooperationsforschung an der Universität Duisburg-Essen) stellte in seinem Keynote-Vortrag ("*Governance of Big Transformation*") einen theoretischen Rahmen für die Betrachtung und das Management großer Transformationen vor. Der gesellschaftliche Wandel lasse sich in die Unterbereiche von Akteuren und deren Interessenkonflikten, institutionellen Regimes und Anreizsystemen, Werten und Normen, sowie kognitiven Konzepten unterteilen. Vier kognitive Konzepte müssten erarbeitet und gestärkt werden, um die Gesellschaft zum nachhaltigen Wandel zu motivieren: ein normativer Ausgangspunkt, erfolgversprechende Wandelideen, die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit während des Wandels sowie attraktive Zukunftsbilder. Die Gesamtheit diverser kognitiver Konzepte konstruiere eine kollektive Intentionalität, ohne die es keine erfolgreiche Kooperation innerhalb und zwischen den Gesellschaften und somit auch keine nachhaltige Transformation geben könne.

### **Panel 1: Health IT: A Radical Transformation of Health Policy and Medical Paradigms?**

Im ersten Panel der Tagung mit dem Thema „*Health IT: A Radical Transformation of Health Policy and Medical Paradigms?*“, dessen Leitung *Cindy Cheng*, *Tim Büthe* und *Matthias Uhl* (alle Technische Universität München) übernommen haben (Diskutanten waren *Martin Fischer* (Ludwig-Maximilians-Universität München) und *Narges Ahmidi*

(Helmholtz Zentrum München), gab *Verina Wild* (Ludwig-Maximilians-Universität München) mit ihrem Vortrag „*Transforming Powers, Transcending Boundaries: A Brief Overview of Ethical, Legal and Social Aspects of Mobile Health Technologies*“ zunächst eine Einführung in die verschiedenen Aspekte mobiler Gesundheitstechnologie. Sie konstatierte dabei, dass die IT in kommender Zeit die Machtverhältnisse im Gesundheitswesen grundlegend verschieben werde. Der Trend gehe dabei weg von den traditionellen Experten im Feld hin zu Global Players und Datenspezialisten. Zudem erfordere sie die Überschreitung alter sektoraler und vor allem nationaler Grenzen, da die neuen Technologien einen kollektiven globalen Ansatz verlangten.

*Cindy Cheng* und *Tim Bütke* befassten sich in ihrem Beitrag „*Turning on EHRs in Germany: Why Do Patients and Citizens Tune In or Drop Out?*“ mit den Faktoren, welche die Akzeptanz der elektronischen Gesundheitsakte bei Patienten maßgeblich beeinflussen. Dabei betrachteten sie, inwiefern das Framing der elektronischen Gesundheitsakte als privates Gut eine andere Einstellung bei Patienten fördert, als wenn das Framing eher darauf abzielt, die elektronische Gesundheitsakte als öffentliches Gut darzustellen. In einem weiteren Schritt untersuchten die Autoren, welche Art von Informationen Patienten überhaupt bereit sind herauszugeben, von medizinischen Grunddaten bis hin zur detaillierten Krankheitsgeschichte ihrer Familie.

Im Vortrag „*Beyond Digitizing Health Records: How Market Competition Impacts Hospital Investment in Advanced Electronic Health Record Use*“ ging *A. Jay Holmgren* (Harvard Business School) dem quantitativen Zusammenhang zwischen dem Einsatz moderner IT in US-amerikanischen Krankenhäusern und deren jeweiliger Marktposition nach. Im Ergebnis kommt er zum Befund, dass ein Krankenhaus eher in IT investiert, wenn es sich in einem stark kompetitiven Markt befindet. Weiterer Forschungsbedarf besteht dabei im Hinblick auf die Frage nach der genauen Richtung der Kausalität dieses festgestellten Zusammenhangs.

Zuletzt präsentierten *Matthias Uhl* und *Tim Bütke* ihr Forschungsprojekt „*Transformation and Turbulence in Health Care: Health-IT and Its Implications for Health Policy*“, welches den Fokus auf die Arztperspektive im Hinblick auf die elektronische Gesundheitsakte legt. Diese transformiere die Arzt-Patienten-Beziehung, insofern als Ärzte nun potenziell ihren Informationsvorsprung gegenüber den Patienten verlieren können und in einen direkten Wettbewerb zu Formen künstlicher Intelligenz eintreten müssen. Darüber hinaus sei anzunehmen, dass Mediziner einem vollständigen Zugriff der Patienten auf deren Gesundheitsakten skeptisch gegenüberstehen, insbesondere, wenn diese von vielen anderen Ärzten auch mit eingesehen werden können.

In der anschließenden allgemeinen Diskussion wurden unter anderem Unterschiede zwischen dem IT-Gebrauch im deutschen und im US-amerikanischen Gesundheitswesen angesprochen und die umstrittene Frage debattiert, ob das deutsche System in dieser Hinsicht funktional aufgestellt ist. Außerdem wurde sich kritisch darüber ausgetauscht, inwiefern politische Entscheidungsträger die gesellschaftliche Mehrheits-

meinung ignorieren dürfen, wenn etwa eine Mehrheit der Bürger gewissen technologischen Neuerungen ablehnend gegenübersteht, diese aber dem medizinischen Fortschritt dienlich sein könnten.

## **Panel 2: Rückkehr der Religionen und Transformation der politischen Kultur: Konzepte und Entwicklung**

Das Doppelpanel „*Rückkehr der Religionen und Transformation der politischen Kultur: Konzepte und Entwicklung*“ unter der Leitung von *Gert Pickel* (Universität Leipzig) und *Oliver Hidalgo* (Universität Regensburg) (Diskutant: *Dirk Berg-Schlosser*, Universität Marburg) bestand aus zwei aufeinander aufbauenden Teilen. Im ersten konzeptionellen Teil wurden theoretische Überlegungen zur Bedeutung von Religion für gesellschaftliche Transformationskonzepte erörtert, während sich die Teilnehmer im zweiten Teil mit aktuellen Entwicklungen im Verhältnis von Religion und Transformation beschäftigten.

*Oliver Hidalgo* eröffnete das Panel zum Thema Konzepte mit einem breit angelegten Literaturüberblick (*Das Narrativ von der ‚Wiederkehr der Religionen‘ als Indikator, Reaktion oder Movens politischer Transformationsprozesse?*). Im Rahmen dieser Übersichtsdarstellung zog Hidalgo den Schluss, dass das Narrativ der Rückkehr der Religionen ein diskursiver Hybrid aus drei Teilaspekten darstelle. Erstens sei es ein Indikator, für signifikante Veränderungen im religiösen Sektor. Zweitens sei es eine Reaktion, ein antimoderner Widerstand gegen die Säkularisierung, sowie die Einräumung einer bis dato überstrapazierten Sicht auf Säkularisierung. Drittens sei es auch ein Movens, ein Verteidigungsversuch der Errungenschaften der europäischen Aufklärung.

Im Anschluss führte *Thomas J. Altmeyen* von der Universität Münster aus, warum das Konzept der Twin Tolerations von Alfred Stepan sich nicht für eine systematisch-vergleichende Forschung eigne (*Die „Twin Tolerations“ in der Kritik. Die kuriose Karriere eines „I Know It When I See It“-Konzeptes in der Forschung zu Religion und Demokratie*). Seine Hauptkritikpunkte an Stepan sind dabei, dass dieser sich nicht ausreichend genug mit dem Hintergrund des Toleranzbegriffs auseinandersetze und dass darüber hinaus eine Definition von Religionsfreiheit, Gleichheit und Neutralität bei ihm fehle. Dies führe dazu, dass sich das Konzept von Stepan an einem „I know it when I see it“ orientiere. Dies sei aber in mehrfacher Hinsicht als Grundlage für eine vergleichend angelegte Forschung problematisch.

*Eva-Maria Euchner* (Ludwig-Maximilians-Universität München) behandelte in ihrem Beitrag die Frage, wie die Salienz von Religion in der innerparlamentarischen Arena erklärt werden kann (*A New Culture of Parliamentary Politics in Post-Secular Times? Religion as Strategic Resource of the Opposition-Government Game*). Ihre Antwort kondensiert darauf, dass Oppositionsparteien Religion oftmals gezielt dazu einsetzen, um die Regierungsparteien zu schwächen. Dabei können sie auf drei Strategien zurückgreifen. Religionsbezogene Themen würden von der Opposition eingebracht, um

Konflikt innerhalb einer Regierungspartei, zwischen den Regierungsparteien oder zwischen der Minderheitsregierung und einem Ad-hoc-Koalitionspartner zu verstärken, um so die Ausgangsposition der Opposition im politischen Wettbewerb zu verbessern.

Im zweiten Panel wurde nach den konzeptionellen Überlegungen des ersten Teils ein noch stärkerer Blick auf die aktuellen Entwicklungen geworfen. Dazu gab es die folgenden drei Vorträge:

In ihrer Präsentation *„Von Problemen der religiösen Pluralisierung über eine Transformation der politischen Kultur zu einer Transformation der Migrationsgovernance?“* beleuchteten *Gert Pickel* und *Alexander Yendell* (Universität Leipzig) die Frage, ob eine Transformation der religiösen Kultur spezifische politische Steuerungsfolgen bedingt. Ihr Fazit: Eine Kombination aus Säkularisierung und religiöser Pluralisierung transformiert die religiöse Landschaft nachhaltig. Diese Transformation führe aber nicht per se zu mehr religiöser Vielfalt, sondern insbesondere dazu, dass der Islam, auf Grund von negativen Einstellungen, in der Bevölkerung zunehmend als Bedrohung wahrgenommen werde. Genau diese Sachlage transformiere die politische Kultur im Sinne einer emotionalen Polarisierung.

*Tobias Köllner* (Universität Witten-Herdecke) untersuchte in seinem Beitrag *„Über verflochtene Autoritäten: Orthodoxe Religion und Politik im zeitgenössischen Russland“* die Rolle der orthodoxen Kirche für die politischen Prozesse in Russland und fokussierte sich dabei insbesondere auf die lokale Ebene. Seine Ergebnisse zeigten, dass religiöse und säkulare Autoritäten in den russischen Kommunen und Städten häufig sowohl auf einer ideologischen, persönlichen wie institutionellen Ebene miteinander verflochten sind. Dies führe zu mitunter eigenartiger Ambivalenz und nicht intendierten Folgen, wenn zum Beispiel an einem durch die Politik neu eingeführten Feiertag für die Liebe und die Familie keine Trauung vorgenommen werden können, weil der Tag in der Fastenzeit liegt.

*Can Zeyrek* (Universität Marburg) skizzierte schließlich die historische Entwicklung von Religion in der türkischen Politik in seinem Vortrag mit dem Titel *„Das Schwinden säkularer Eliten und der Einzug einer ‚religiös gearteten politischen Unkultur‘. Die Reorganisation der peripheren Machtquellen gegen Comtesche Denkkategorien im türkischen Autokratisierungsdiskurs“*. Anfangs, so Zeyrek, wurde Religion in der Türkei noch nicht als autonome Kraft gegen den Staat betrachtet. Vielmehr wurde Religion durch unterschiedliche Reformen aus dem politisch-öffentlichen Raum verbannt, was das Abtauchen der religiösen Strömungen in den Untergrund zur Folge hatte. Dort formierten sich die religiösen Gruppen zu parteipolitischen Organisationen und übernahmen auf diesem Weg schließlich die Regierung. Diese Regierungsübernahme zog laut Zeyrek einen Bedeutungsverlust der Säkularisierung und eine tiefe Spaltung der türkischen Gesellschaft nach sich.

Insgesamt gelang es über die Beiträge und die Diskussionen in den Panels hinweg, die Relevanz von Religion für politische Prozesse und Ergebnisse heute deutlich zu machen und ihre politische Rolle mit Hilfe unterschiedlicher konzeptioneller Ansätze systematisch zu erfassen und zu analysieren.

### Panel 3: Comparative Governance of Cybersecurity

Das Panel „*Comparative Governance of Cybersecurity*“ unter der Leitung von *Wolf J. Schünemann* (Universität Hildesheim) und *Sebastian Harnisch* (Universität Heidelberg) beschäftigte sich mit diversen Aspekten von Cybersecurity, die von technisch-organisatorischen Maßnahmen der Datensicherheit über die Reformdebatten in der Gesetzgebung bis hin zur Cyberabwehr reichten.

*Verena Diersch* von der Universität Köln referierte im ersten Beitrag über die geheimdienstliche und polizeiliche Kooperation auf der europäischen und internationalen Ebene („*Culture, Cooperation, Capabilities – International Intelligence Cooperation and European Police Cooperation Between Legitimacy and Efficacy?*“). Da die gegenseitige Einschätzung der digitalen Angriffsfähigkeit von rivalisierenden Staaten mitunter noch deutlich schwieriger und komplexer sei als bei konventionellen Waffen, stellt es sowohl für einzelne Staaten, als auch für weitere internationalen Akteure, eine besondere Herausforderung dar, das richtige Ausmaß an notwendigen und somit auch legitimen Gegenmaßnahmen zu finden. Dies wiederum beeinflusst aber in entscheidendem Maße die Formen der Sicherheitskooperation in diesem Bereich.

*Eda Keremöglü* und *Nils B. Weidmann* von der Universität Konstanz präsentierten im Folgenden erste Erkenntnisse über unterschiedliche Strategien der Internetüberwachung und -kontrolle in Diktaturen („*Interference at Different Layers: How Dictators Control the Internet*“). Sie konnten zunächst zeigen, dass die Verbreitung des Internets, keinen signifikanten Effekt auf politische Institutionen oder das Ausmaß der Demokratisierung in einem Land hatte. Vielmehr gelang es Autokratien ein vielfältiges Instrumentarium zur Kontrolle von Konsum und Verbreitung von Informationen im Internet zu entwickeln. Zu diesem gehören unter anderem die physische Abgrenzung durch Gateways, die Gesetzgebung zur Begrenzung von individuellen Upload-Rechten sowie inhaltliche Zensur. Dabei ist es Autokratien in unterschiedlichem Ausmaß gelungen, das demokratiefördernde Potenzial des Internets zu unterminieren und es als Instrument ihre Herrschaftssicherung umzufunktionieren.

In einem weiteren Beitrag lieferten *Stefan Steiger* von der Universität Hildesheim und *Kerstin Zettl* von der Universität Heidelberg einen historischen Überblick über innerstaatlichen Cyberkonflikte („*Behind the Scenes: State-Driven Cyber Conflict in Historical Perspective*“). Cyberattacken werden dabei, so die Feststellung der beiden, immer häufiger durchgeführt und betreffen heute nicht mehr nur Aspekte der geheimdienstlichen Informationsbeschaffung, sondern zielen auch auf die Beeinflussung und gegebenenfalls Zerstörung zentraler Infrastruktureinrichtungen in einem angegriffenen Land. Cyberkonflikte entwickeln sich so zu einem neuen festen Bestandteil der modernen Kriegsführung und lösen ein zunehmendes Wettrüsten zwischen rivalisierenden Dyaden aus.

Schließlich stellte *Lena Ulbricht* vom Weizenbaum Institut für die Vernetzte Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung ihre Forschung zur Cybersicherheit in Forschungs- und Bildungsorganisationen vor („*Cybersecurity in Organizations. Evidence from Higher Education and Research Institutions*“). Die Auswahl von

Strategien der Cybersicherheit basiere in diesen Organisationen vor allem auf deren subjektiver Risikowahrnehmung und nicht so sehr auf der Evaluation objektiv messbarer Risiken. Dabei identifizierte Ulbricht ein Spannungsverhältnis zwischen der zunehmenden Anerkennung von Sicherheitsrisiken auf der einen und der mangelnden Steuerbarkeit von Forschungsorganisationen auf der anderen Seite.

Das Panel erlaubte insgesamt nicht nur einen tieferen Einblick in unterschiedliche Aspekte der Cybersecurity sowie der Internetüberwachung und -kontrolle, sondern machte auch auf Verbindungslinien sowie Spannungsverhältnisse zwischen diesen Bereichen aufmerksam. Ohne Zweifel wird dieser Themenbereich die Debatte um innere sowie äußere Sicherheit in den kommenden Jahren in erheblichem Maße prägen.

#### **Panel 4: Digitalisierung und die Gestaltung von Infrastrukturen: Online-(Öffentlichkeits-) Beteiligung und Virtual Cooperation and Planning**

In seiner Einstimmung auf das Panel „Digitalisierung und die Gestaltung von Infrastrukturen: Online-(Öffentlichkeits-) Beteiligung und Virtual Cooperation and Planning“ betonte *Jörg Radtke* (Universität Siegen, Chair des Panels) die Aktualität des Themas, welches an Wichtigkeit noch zunehmen und die Politik in der Zukunft immer stark beschäftigen werde. Auch wenn die im Folgenden vorgestellten Paper thematisch sehr unterschiedlich seien, so beleuchteten sie doch allesamt neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Den Auftakt machte *Simon Fink* (Universität Göttingen) der seine gemeinsame Forschung (mit *Eva Ruffing*, Universität Hannover) zur „*Institutionalisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung am Beispiel der deutschen Netzentwicklungspläne*“ vorstellte. Sein Fokus richtet sich hierbei auf den möglichen Lerneffekt, den wiederholte Teilnahme an Online-Konsultationen bei den teilnehmenden Akteuren auslösen kann. Sein Kernergebnis ist, dass Teilnehmende, die regelmäßig die Möglichkeit von Online-Konsultationen für deutsche Netzentwicklungspläne nutzten, stärker in der Lage dazu sind, Stichworte wie Bedarf, Wirksamkeit und Erforderlichkeit zu verwenden und in den Diskurs einzubringen und so ihre Anliegen deutlich erfolgreicher zu kommunizieren.

*Patricia Graf* (BSP Business School Berlin) stellte dann ihre Forschung zur Digitalisierung im Energiesektor unter dem Titel „*Yet Another Transition – The Digitalization of the Energy Sector*“ vor. Basierend auf der Befragung mehrerer Energieversorger konnte sie zeigen, dass es durchaus manifeste Konflikte bei der Einführung digitaler Geschäftsmodelle im Energiesektor gibt und die Ambiguität des digitalen Wandels die Versorger in erheblichem Maße umtreibt. Ihre Ergebnisse lassen sich dabei gut in das Konzept der institutionellen Arbeit mit seinen drei Formen Disruption, Erhalt und Kreation einbetten und auf dieser Basis weiteranalysieren.

*Norbert Kersting* (Universität Münster) untersuchte in seinem Beitrag mit dem Titel „*Online-Partizipation und Monitoring in Smart Cities im Vergleich*“ am Beispiel von Online-Beschwerdestellen in Deutschland, England und China neue Partizipationsmöglichkeiten in Smart Cities. Der Grad an Transparenz im Hinblick auf den Einsatz dieser neuen Instrumente unterscheidet sich dabei in erheblichem Maße: Während es in

Deutschland kaum Rückmeldung im Hinblick auf die Bearbeitung der Fehlermeldung gebe, würde der Nutzer in England über den Stand der Umsetzung deutlich besser aufgeklärt. China stelle aufgrund der starken staatlichen Kontrolle – die Meldungen werden durch einen Mittelsmann, der Regimekritik abfangen soll, gefiltert – einen Sonderfall dar.

Schließlich stellte *Pia Laborgne* (Europäisches Institut für Energieforschung) ihre gemeinsame Arbeit (mit *Monika Heyder* und *Joanna Skok*, ebenfalls Europäisches Institut für Energieforschung) zum Thema „*Wandel in der lokalen Planung und Beteiligung durch Digitalisierung? Das Beispiel Öffentliches partizipatives GIS in der lokalen Infrastrukturplanung*“ vor. Die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Planung auf lokaler Ebene, durch ein partizipativ ausgelegtes Geographisches Informationssystem (GIS), eröffne prinzipiell die Chance für einen ganz neuen, deutlich transparenteren Umgang mit lokalen Daten. Doch auch durch die vorgestellten neuen Partizipationsformen können klassische Partizipationsprobleme, wie die Unterrepräsentation von bestimmten Altersgruppen, Geschlechtern oder Bildungsschichten nicht gänzlich aufgelöst werden. Die mit Hilfe von GIS gewonnenen Daten seien für die meisten Kommunen bisher auch eher eine optionale Informationsquelle und fließen noch nicht systematisch in deren Planung ein. Diese fehlende Transparenz im Hinblick auf die Nutzung der Daten stellt dabei auch eine Frustrationsursache für die am Prozess beteiligten Akteure dar.

In der anschließenden Diskussion wurde besonders das letzte Thema nochmals aufgegriffen und der Einfluss von Bürgerbeteiligung auf politische Prozesse kritisch hinterfragt. Die Diskutanten des Panels, *Wolf Schünemann* von der Universität Hildesheim und *Christian Bauer* (HS Bund Brühl) waren sich einig, dass deren Einfluss bisher noch eher gering sei und in Zukunft stärker formalisiert werden müsse. Außerdem wurde die Rolle von Big Data kontrovers diskutiert: Kann ein Algorithmus die Interessen der Bürgerinnen und Bürger möglicherweise so präzise bestimmen, dass authentische Partizipation eigentlich gar nicht mehr notwendig ist? Schließlich ging es in der allgemeinen Diskussion auch um digitale Formen der Partizipation als Ersatz für klassische Formen der Bürgerbeteiligung. Die Anwesenden stimmten darin überein, dass digitale Teilhabekonzepte lediglich einen Zusatz zu den etablierten Angeboten darstellen sollten. Insgesamt waren sich die Teilnehmenden des Panels im Hinblick auf die großen Potentiale von Digitalisierung für moderne Bürgerbeteiligung einig. Einigkeit bestand auch darin, dass es noch viele offene Fragestellungen im Themenbereich gebe, insbesondere mit Blick auf Transparenz und Legitimation der neuen Technologien.

### **Panel 5: Potentials and Challenges: The Impact of ICTs on Democracy**

In dem von *Norma Osterberg-Kaufmann* (Humboldt-Universität Berlin) und *Christoph Mohamad-Klotzbach* (Universität Würzburg) geleiteten Panel mit dem Titel „*Potentials and Challenges – The Impact of ICTs on Democracy*“ machte *Marine Trichet* (Universität Zürich) den Einstieg, indem sie ihr Dissertationsvorhaben „*Public Accountability Against the Backdrop of the Digital Revolution: The Case of Smart Cities*“ vorstellte. In

ihrer Arbeit interessiert sie Trichet vor allem dafür, ob und gegebenenfalls auf welche Weise neuartige Informations- und Kommunikationstechnologien lokale Regierungs- und Verantwortlichkeitsstrukturen beeinflussen. Die von ihr identifizierte Forschungslücke im Hinblick auf die sozialen Folgen der Transformation einer Stadt zu einer Smart City will Trichet dadurch verringern, dass sie mittels einer vergleichenden angelegten Fallstudie die gesellschaftlichen Konsequenzen einer solchen Technologisierung in den Städten Bergen, Manchester, Nantes und Zürich analysiert. Dazu legte sie im Vortrag einige konzeptionelle Überlegungen vor.

Fortgesetzt wurde das Panel von *Tobias Escher* (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), der in seinem Vortrag zu „*The Impact of ICTs on Public Support for Democracy: Evidence from a Comparative Case Study of Online Consultations in Three German Municipalities*“ (gemeinsames Papier mit *Bastian Rottinghaus*, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) der Frage nachging, ob Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsbeteiligung die von den Bürgerinnen und Bürgern empfundene Legitimität von demokratischen Institutionen und Repräsentanten steigern kann. In einer vergleichend angelegten Arbeit mit den Städten Bonn, Köln und Moers als Fallstudien wurden Umfragen eingesetzt, um diesen potenziellen Zusammenhang zu untersuchen. Es zeigte sich dabei, dass die Bürgerinnen und Bürger zwar ein Defizit an Beteiligungsmöglichkeiten sehen, stattgefunden Onlinepartizipation zumeist aber wenig an dieser Wahrnehmung verändert. Der nur geringe Effekt realer Onlinepartizipation hängt zusätzlich noch stark vom Output und Impact der konkreten politischen Entscheidung ab und wird somit kaum von der Gestaltung des Beteiligungsinstruments an sich beeinflusst.

*Susanne Pickel* und *Toralf Stark* (Universität Duisburg-Essen) betrachteten in ihrem Vortrag zum Thema „*The Darkside of the Online World – The Relationship Between the Media Use and the Understanding of Democracy*“, inwiefern der Konsum sozialer Medien in einem systematischen Zusammenhang mit dem Demokratieverständnis einer Person steht. Ausgehend von der Annahme, dass die Qualität einer Demokratie in starkem Maße von der Qualität der politischen Kommunikationsprozesse abhängt interessierten sich Pickel und Stark dafür, ob die Verwendung von Social Media und die mit ihr einhergehende Beeinflussung der Meinungsbildung durch Filterblasen, Menschen eher einer gelenkten oder einer liberalen Demokratie zugeneigt macht. Wie sich anhand einer quantitativen Untersuchung in mehreren europäischen Ländern zeigen lässt, tendieren häufige Benutzerinnen und Benutzer von sozialen Medien tendenziell stärker zu Formen gelenkter Demokratie. Zudem können Pickel und Stark anhand soziodemographischer Daten zeigen, dass ein hoher Bildungsgrad, im Gegensatz dazu, positiv korreliert ist mit einer wohlwollenden Bewertung der liberalen Demokratie. Hieraus folgerten die Vortragenden, dass dessen Erhöhung ein wichtiger Schlüssel zur Stärkung des Demokratiebewusstseins sein kann.

In der anschließenden, sehr konstruktiv und lebhaft geführten Diskussion wurde unter anderem der Vorschlag im Hinblick auf den letzten Vortrag diskutiert, inwiefern es nicht sinnvoll wäre, die Binarität von gelenkter und liberaler Demokratie um ein elitistisches Demokratieverständnis zu ergänzen. Im Hinblick auf den ersten Vortrag interessierte die Diskussionsteilnehmer insbesondere die Begründung der Auswahl von Smart Citys

als Untersuchungsorte von Civic Technologies. Dies wurde von der Referentin damit begründet, dass insbesondere in solchen Städten Civic Technologies vorzufinden seien, die ein Feedback der Bewohnerinnen und Bewohner ermöglichen würden. Tobias Escher erläuterte auf entsprechende Nachfrage, dass die Umfragen, auf denen seine Untersuchung fußt, jährlich wiederholt werden sollen, da die erhobenen Werte je nach Erhebungszeitpunkt erheblich variieren können. Insgesamt spannte das Panel einen weiten Rahmen über die möglichen Auswirkungen von ICTs für demokratische Prozesse, wobei sowohl die damit einhergehenden Chancen, wie auch die damit potenziell verbundenen Risiken, wenn nicht umfänglich, so zumindest in spannenden Teilaspekten erörtert werden konnten.

## **Panel 6: Populist Politics and Big Transformations**

*Stefan Četković* (Technische Universität München) hob bei der Eröffnung des ersten Teils „*Politics of Populism*“ des Panels „*Populist Politics and Big Transformations*“, als Panelchair (gemeinsam mit *Christian Hagemann*, Technische Universität München), vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen, die Bedeutung einer Erforschung rechtspopulistischer Parteien und deren Rhetorik hervor. Schon allein durch die Tatsache, dass immer mehr dieser Parteien in Regierungen mit vertreten sind, wird ihre Relevanz für die politische Entwicklung in zahlreichen Ländern in den nächsten Jahren erhöhen. Dabei sei der Populismus aber nicht homogen, sondern zeichne sich durch ein hohes Maß an Variabilität und Vielfalt aus. Schließlich liege die Relevanz einer Betrachtung populistischer Parteien auch darin begründet, dass sie etablierte politische Konzepte und Institutionen systematisch in Frage stellten.

Im Anschluss präsentierte *Alexander Bürgin* (Izmir University of Economics) seine vergleichend angelegte Studie zum Thema „*May Accommodative Strategies Curb the Electoral Success of Right-Wing Populist Parties? Germany and Austria in Comparison*“. Während die ÖVP 2017 bei den Nationalratswahlen durch die Übernahme von FPÖ-Positionen Wählerstimmen zurückgewinnen konnte, war die CSU bei den bayrischen Landtagswahlen 2018 trotz Übernahme von AfD-Positionen deutlich weniger erfolgreich. Bürgin erklärte diesen überraschenden Unterschied und das schwache Abschneiden der CSU zum einen mit den negativen Botschaften, die die CSU im Wahlkampf kommuniziert habe. Darüber hinaus habe die Uneinigkeit zwischen Söder und Seehofer sowie der (zu) technische Charakter der CSU-Wahlkampagne eine Rolle gespielt. In Österreich hingegen habe die ÖVP auf ein positives und optimistisches Narrativ bei ihrer Kampagne gesetzt und mit Kurz über einen charismatischen Spitzenkandidaten verfügt. Außerdem sei die Partei geschlossen und harmonisch aufgetreten, womit sie gegenüber der FPÖ aber auch insgesamt habe punkten können.

*David M. Wineroither* (Ungarische Akademie der Wissenschaften) schloss mit seinem Vortrag „*Pathological Normalcy: The Evolution of Right-Wing Populist Winning Formulas in Austria from Haider to Kurz*“ thematisch eng an den Vortrag zuvor an. Er analysierte die Gewinnstrategien rechtspopulistischer Parteien in Österreich im Zuge der letzten dreißig Jahre. Während in den 1980er Jahren rechtspopulistische Parteien in

Österreich vor allem durch eine Anti-Establishment-Haltung, einen Fokus auf Wirtschaftsliberalismus und einen weniger autoritären Stil Wählerstimmen gewinnen konnten, lässt sich der aktuelle Erfolg von Sebastian Kurz und seiner ÖVP, so Wineroither, weit besser durch die Vermeidung von Schuldzugeständnissen und einer Beanspruchung von Erfolgen, wie etwa der Schließung der Balkanroute, erklären.

Im Anschluss sprach *Sebastian Stier* (Universität Duisburg-Essen & GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften) über seine Arbeit zu „*Populism as a Campaign Strategy: Individual, Political and Structural Determinants of Populist Party Communication on Social Media*“ (zusammen erstellt mit *Ralph Schroeder*, Universität Oxford). Ziel seiner Untersuchung war es herauszufinden, ob rechtspopulistische Kandidatinnen und Kandidaten soziale Netzwerke intensiver nutzten als die von anderen Parteien. Die ersten Ergebnisse zeigten, dass die Nutzung von sozialen Medien bei allen Parteien bislang noch eher gering ist. Unter den Kandidatinnen und Kandidaten, welche ein Social Media Profil besitzen, nutzten Kandidatinnen und Kandidaten der AfD Social Media allerdings am intensivsten. In einem zweiten Schritt will Stier nun herausfinden, ob nur rechtspopulistische Kandidatinnen und Kandidaten Beiträge mit entsprechend rechtspopulistischer Rhetorik veröffentlichen, oder auch solche von anderen Parteien.

*Daniela Braun* (Ludwig-Maximilians-Universität München) präsentierte schließlich ihre gemeinsame Forschung (mit *Sebastian Popa* (Newcastle University) und *Hermann Schmitt* (Universität Mannheim) zu „*Changing Party Positions Towards the European Union in Times of the EU Multiple Crises*“. Sie fand in ihrer Studie heraus, dass im Zuge der EU Krise insbesondere rechte Parteien sich programmatisch zunehmend kritischer zu den Themen Migration und Wirtschaft äußerten, während etablierte und linke Parteien insbesondere kritischer gegenüber Politik und Wirtschaft geworden seien. Rechtspopulistische Parteien waren zudem die Einzigen, die negative Passagen über die Europäische Integration in ihr Programm aufgenommen hätten.

Die folgende Diskussion drehte sich zunächst stark um die Frage nach der Rolle von sozialen Medien für den Erfolg von rechtspopulistischen Parteien. Die Diskussionsteilnehmer stimmten darin überein, dass soziale Medien eine zunehmend wichtigere Rolle im politischen Diskurs spielen werden, da Politikerinnen und Politiker so direkt und ungefiltert mit ihren potenziellen Wählern kommunizieren könnten. Dies könnte einen Vorteil für populistische Politiker darstellen. Andererseits gibt es auch populistisch agierende Politiker, wie zum Beispiel Viktor Orbán, die bisher kaum darauf gesetzt haben, Stimmen von Nutzern sozialer Medien zu gewinnen und vielmehr weiterhin auf klassische Formen der Kommunikation bauen. Ein weiteres Thema in der Diskussion waren die Gründe für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien. Während die bayerische CSU mit ihrer Rhetorik gegen Migration bei der Landtagswahl Stimmen verloren habe, sei es der ÖVP in Österreich mit derselben Strategie gelungen Stimmen zu gewinnen. Bürgin stellte fest, dass die Hauptgründe für diesen Unterschied die persönliche Wirkung von Kurz, die kalte Rhetorik Seehofers und die generelle Sensibilität der Österreicher für das Thema Migration gewesen seien.

Den zweiten Teil des Panels „*Populism and Policy*“ begann *Eva Eichenauer* (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung/Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) mit der Präsentation ihrer Forschung zu „*Transformation Without Conflict? On the Importance of Trust in Local Energy Conflicts*“. Sie fand in ihrer Studie heraus, dass Menschen mit ablehnender Haltung der Energiewende gegenüber ein Informationsdefizit, Intransparenz und das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, als Gründe angaben, sich gegen die Energiewende im lokalen Bereich zu positionieren. Dies spiele dabei rechtspopulistischen Parteien, die sich als Repräsentanten der „kleinen Leute“ darstellen, in die Hände.

*Jens Marquardt* (Universität Stockholm) identifizierte in seinem Paper „*Situated Climate Governance: A Response to Populism and Depoliticization*“ rechtspopulistische Narrative zum Klimawandel. Seine Fallstudie der Philippinen verdeutlichte, dass klimabedingte Vulnerabilität zwar von Duterte auf die politische Agenda gesetzt werde, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aber dennoch weiterhin als wichtiger erachtet werde. Zudem sendete das Staatsoberhaupt nationalistische und antiwestliche Botschaften zum Thema Pariser Klimaabkommen aus. Im Allgemeinen habe Populismus, der den Klimawandel thematisiere, das Potenzial, die Legitimität multilateraler Klima-Governance zu untergraben.

*Tomas Maltby* (King's College London) präsentierte im Anschluss seine gemeinsame Forschung (mit *Kacper Szulecki*, Universität Oslo und *Aleksandra Wagner*, Jagiellonian University Krakow) zu „*Anatomy of Disbelief: Poland's Climate Scepticism Meets Right Wing Populism*“. In Polen lasse sich eine sehr stark ausgeprägte Kontinuität im Hinblick auf die Leugnung des Klimawandels feststellen, bei der die Solidarität mit der polnischen Kohleindustrie eine wichtige Rolle spiele. Während die allgemeine Leugnung eines menschengemachten Klimawandels eine eher untergeordnete Bedeutung spielt, dominiere aktuell insbesondere ein zeitlicher Skeptizismus („Wir müssen handeln, aber nicht jetzt.“). Nachdem Polen als Gastgeber der UN-Klimakonferenz 2018 aufgetreten ist, hat jedoch die Skepsis gegenüber internationalen (Klima-)Abkommen abgenommen.

*Stefan Četković* (Technische Universität München) schloss das Panel mit seiner gemeinsamen Arbeit (mit *Christian Hagemann*, Technische Universität München) zu „*Far-Right Populism, Party-System Fragmentation and Energy and Climate Policy: Will Far-Right Parties Kill or Save the Climate*“ ab. Nachdem die rechtspopulistische Partei Schwedens (Die Schwedendemokraten) das Thema Klimawandel zunehmend in ihren Parteiprogrammen erwähnt, wird es auch von den anderen etablierten Parteien häufiger thematisiert, was auf einen Contagion-Effekt schließen lässt. In Österreich erschien hingegen der Topic Klimawandels deutlich seltener in den Parteiprogrammen etablierter Parteien und wird auch von der rechtspopulistischen FPÖ nur sehr kurz erwähnt. Im Allgemeinen scheint das Thema Klimawandel für rechtspopulistische Parteien eine eher geringere Rolle zu spielen, wobei es gilt, dies nach einzelnen Ländern differenziert zu betrachten.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wurde zunächst die Frage der Datenerhebung im Spannungsfeld der Nutzung bereits vorhandener Daten sowie der Notwendigkeit einer Erhebung von neuen Daten erörtert. Mit Blick auf den Einfluss rechtspopulistischer Parteien wurde die Frage diskutiert, warum etablierte Institutionen so fragil seien, dass Populisten sie relativ einfach unterminieren könnten. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde über die Bedeutung einer möglichst konsensualen Definition im Hinblick auf was unter einer „gerechte Energiewende“ verstanden werden kann gesprochen. Eine gemeinsame Definition müsse gefunden und dann auch von der EU kommuniziert werden. Schließlich wurde über die Rolle der Wissenschaft in der Klimadebatte diskutiert. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler spielen für die multilaterale Klima-Governance eine tragende Rolle, seien aber nicht per se demokratisch legitimiert, was sie zur Zielscheibe von Rechtspopulisten machen könne.

### **Panel 7: New Perspectives on Solidarity in Europe in Times of Crisis**

Die ersten vier Vorträge im zweiteiligen Panel „*New Perspectives on Solidarity in Europe in Times of Crisis*“ befassten sich mit den öffentlichen Debatten und politischen Praktiken im Hinblick auf die Krise der Europäischen Union.

*Andreas Grimmel* (Universität Hamburg) eröffnete das Panel „*Solidarity in Europe in Times of Crisis: Public Debates and Policy Practices*“ (Chair: *Ann-Kathrin Reinl*, GESIS; Diskutant *Irina Ciornei*, Universität Bern) mit einem systematischen Definitionsversuch von Solidarität als Praktik („*Le Grand Absent Européen? Solidarity and the EU's Practices of Crisis Management*“) und führte dies am Beispiel des EU Krisenmanagements aus. Laut Grimmel sollte eine solche Definition auf drei Elementen: Freiwilligkeit, Selbstlosigkeit und Identifikation beruhen. Er zweifelte in seinem Vortrag insbesondere an, dass man von Solidarität sprechen könne, wenn jemand dazu gezwungen werde, etwas Bestimmtes zu tun. In seinem Fazit betonte Grimmel, dass Solidarität praktiziert werden müsse, es also um die Taten gehen müsse und Worte und Willensbekundungen alleine nicht ausreichten.

*Astrid Séville* (Ludwig-Maximilians-Universität München) thematisierte im Folgenden den Solidaritätsbegriff aus der Perspektive der Visegrád-Staaten (V4) Osteuropas („*Ambiguous Solidarity in the Migration Crisis. The case of the Visegrad Group*“). Ihre gemeinsame Recherche (mit *Michael Koß*, Ludwig-Maximilians-Universität München) ergab, dass das Konzept der Solidarität von der EU und von den V4 sehr unterschiedlich verstanden und interpretiert werde. Die V4 betonten insbesondere den Aspekt der Freiwilligkeit und beharrten darauf auf diese Weise Solidarität richtig zu interpretieren und umzusetzen. Dies stellt die EU, vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise, allerdings vor große Herausforderungen. Die V4 beharrten, aus dem Solidaritätsbegriff abgeleitet, auf Freiwilligkeit und freiem Willen, im Hinblick auf die (Nicht-)Aufnahme von Flüchtlingen, was zu den Konflikten innerhalb der Staatengemeinschaft massiv mitgetragen habe.

*Raphaela Hobbach* (Ludwig-Maximilians-Universität München) zeigte in ihrem Vortrag „*Redistributive Policies in the EU and the Role of European Solidarity. Public Debates in the Euro Crisis and the Migration Crisis in Germany and France*“ auf, wie relevant

europäische Solidarität sein kann, wenn lokale politische Akteure Umverteilungsprogramme diskutieren und welche Faktoren darauf Einfluss haben. So thematisierten ihrer Untersuchung zufolge 34% der französischen Umverteilungsprogramme europäische Solidarität, während nur 15% der deutschen Programme dies tun. Hobbach führt diesen bemerkenswerten Unterschied auf eine unterschiedliche nationale politische Kultur zurück.

*Stefan Wallaschek* (BIGSSS Universität Bremen) behandelte in seinem Vortrag „*Contested Solidarity in the Euro Crisis and Europe's Migration Crisis: Analysing Discourse Networks in Germany*“ schließlich die Frage, was Solidarität in Krisensituationen bedeuten kann und wie Parteiakteure das Konzept der Solidarität in ihrem Sinne zu nutzen versuchen. Seine Studienergebnisse machen für den Fall Deutschland deutlich, dass im Falle der Eurokrise die finanzielle Solidarität als Koalitionsmagnet wirkte, während im Falle der Migrationskrise politische Solidarität als ein solcher Magnet fungierte.

Im zweiten Panel („*Solidarity in Europe in Times of Crisis: Individual Attitudes*“) unter der Leitung von *Raphaella Hobbach* (Ludwig-Maximilians-Universität München) und *Stefan Wallaschek* (BIGSSS Universität Bremen) befassten sich vier weitere Beiträge mit individuellen Einstellungen zu Solidarität (Diskutandin: *Ann-Kathrin Reintl* (GESIS)).

*Kathrin Busch* (GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften), präsentierte im Vortrag „*Solidarity in Crisis. Economic or Cultural Threat Perceptions in Europe Over Time*“ ihre Ergebnisse zum Zusammenhang der Wahl rechtsradikaler Parteien und der Wahrnehmung muslimischer Immigranten als Bedrohung. Laut Busch ist die Wahrscheinlichkeit eine rechtsradikale Partei zu wählen deutlich höher, wenn eine soziale Distanz zu muslimischen Migranten besteht und sich die betreffende Person wirtschaftlich oder kulturell durch die Migranten bedroht fühlt. Paradoxerweise sinkt diese Wahrscheinlichkeit allerdings, wenn eine Person sich wirtschaftlich bedroht fühlt und gleichzeitig arbeitslos ist.

*Jennifer McCoy* (Georgia State University) stellte unter dem Vortragstitel „*Relative Deprivation vs. Solidarity: Emotions and Support for Democracy-Eroding Populists*“ ihre Forschung zum Thema Populismus in den USA vor. McCoy's Kernthese lautet, dass bei Bürgern durch Entbehrungen negative Emotionen hervorgerufen werden, während Solidaritätserfahrungen positive Emotionen erzeugen. Durch politische Rhetorik sei es nun möglich, Haltungen, die auf diesen Emotionen basierten, zu (de)aktivieren. Ein Hauptergebnis ihrer Studie war, dass die Anhänger von Demokraten und Republikaner in den USA jeweils sehr unterschiedlich auf Gefühle von Ungerechtigkeit reagierten und daher Populismus in ganz unterschiedlicher Weise erlebt und wahrgenommen werde.

*Alessandro Pellegata* und *Francesco Visconti* (Universität Mailand) stellten in ihrem Vortrag „*Assessing Mass-Elite Congruence on European Integration and Solidarity*“ ihre Untersuchung zur Kongruenz zwischen Wählern und ihren politischen Repräsentanten vor. Zentrales Ergebnis dieser Studie ist, dass die Kongruenz zwischen den Wählern und Repräsentanten umso höher ist, je stärker der Repräsentant jeweils selbst denkt und davon überzeugt ist, dass er seine Wähler repräsentiert.

*Christopher Starke* (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) referierte schließlich zur Fragestellung, inwiefern der Kontakt mit „media identity frames“ die Sicht auf europäische Solidarität beeinflussen kann („*United in Diversity? The Effects of Media Identity Framing on Individual European Solidarity*“). Er stellte zunächst fest, dass die Aussage, „sich europäisch zu fühlen“, sehr unterschiedliche Bedeutungen bei den einzelnen Bürgern haben und auch jeweils durch sehr unterschiedliche Auslöser hervorgerufen werden kann. Die Ergebnisse seiner Studie zeigen, dass ein starker Kontakt zu „media identity frames“ im Hinblick auf das Thema europäische Solidarität eine hohe kognitive Identifikation beim jeweiligen Bürger auslöst und diese Kognition wiederum einen Effekt auf die Haltung zur europäischen Solidarität erzeugt, was sich schließlich auch handlungsleitend auswirken kann.

In der abschließenden Diskussion wurde neben Fragen und Diskussionen zu Solidaritätserfahrung auf der Individualebene auch der Bogen zurück zum ersten Teil des Panels und der allgemeinen Krisenerfahrung im Hinblick auf die Entwicklung der EU geschlagen.

### **Panel 8: Big transformation or old wine in new bottles? The (proclaimed) emergence of the bioeconomy and its governance challenges**

*Thomas Vogelpohl* (FernUniversität Hagen) eröffnete das erste der beiden Panels zur Bioökonomie, die mit „*Big transformation or Old Wine in New Bottles? The (Proclaimed) Emergence of the Bioeconomy and its Governance Challenges*“ überschrieben waren und deren Vorsitz *Michael Böcher* (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) übernahm, indem er als Forschungslücke des Politikfeldes die Betrachtung der konkreten Maßnahmen und des zugehörigen politischen Entscheidungsprozesses ausmachte. Um diese Lücke zu verringern, erstellten Vogelpohl und seine Kolleginnen und Kollegen *Annette Elisabeth Töller*, *Alexander Bollmann*, *Daniela Perbandt* (alle FernUniversität Hagen), *Michael Böcher* und *Katrin Beer* (beide Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) in ihrem Beitrag „*Analyzing Bioeconomy Policy as a Patchwork. A Process-Inherent Dynamic Perspective*“ einen dynamischen Ansatz zur Analyse der entsprechenden Entscheidungsprozesse. Unter anderem konnten sie in ihrer Arbeit für die Bioenergie einen Wechsel von einem positiven zu einem negativen Narrativ identifizieren, sowie Spillovereffekte im Bereich der Bioplastik. Zudem gebe es unterschiedliche Pfadabhängigkeiten, welche die Diskrepanzen des Implementierungsfortschrittes zwischen Bioplastik und Bioenergie erklären helfen können.

In den anschließenden Beiträgen wurde der Fokus auf das Verhältnis von Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft gelenkt. *Sina Leipold* (Universität Freiburg) erläuterte in ihrem Beitrag „*Transformation Pathways for a Circular (Bio)Economy in Europe – Understanding Positive Interventions and Adverse Effects*“, dass bis etwa zum Jahr 2010 Wachstum und Umweltschutz in der EU primär als Antagonisten gesehen worden seien. Seither habe sich das Verhältnis aber verändert. Umweltschutz werde zunehmend auch als ökonomische Chance gesehen. In diesem Zusammenhang lasse sich auf der EU Ebene ein internationaler Ansatz, der die EU zum Weltmarktführer in der Bioökonomie machen will, und ein globalisierungskritischer Ansatz, der verstärkt lokale

(Kreislauf-)Lösungen anstrebt, unterscheiden. Im Zuge dieser Überlegungen stellte Leipold das ambige Verhältnis von Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft vor, das, so Leipold, darin bestehe, dass die Bioökonomie von zusätzlich erzeugten Rohstoffen lebe, während die Kreislaufwirtschaft idealtypisch ein in sich geschlossenes System etablieren wolle (ohne zusätzliche Ressourcen zu verbrauchen).

Diese Problematik vertiefte *Sandra Eckert* (Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main), die in ihrem Beitrag „*The Bioeconomy as a Building Block in the Transition Towards a Circular Economy? An Emerging Policy Agenda in the EU and the UK*“ die Beziehung von Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft vergleichend in der EU und im Vereinigten Königreich erforscht hat. Es bestehe die Gefahr, dass die Verwendung von Bioressourcen das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Recycling untergrabe, die Bioökonomie die Kreislaufwirtschaft also nicht komplementiere, sondern verdränge. Außerdem verwies Eckert auf die Gefahren divergierender Abfallpolitiken von EU und UK im Falle eines Green Brexit. Sie stellte weiter fest, dass die Papierindustrie eher die Synthese von Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft anstrebe, während bei Plastikherstellern öfter Greenwashing zu beobachten sei.

Einen Einblick in die aufkommende Bioökonomie Argentiniens gab im zweiten Teil des Panels *Anne Tittor* (Friedrich-Schiller-Universität Jena) mit ihrem Beitrag zu „*The Framing of the Emerging Bioeconomy in Argentina. Goals, Mechanisms and Possible Effects on Agricultural Policies and Environmental Problems*“. So lasse sich in der argentinischen Debatte über Bioökonomie ein diagnostisches Framing, das den Ressourcenreichtum des Landes betone, und ein prognostisches Framing, das die wirtschaftlichen Chancen der Bioökonomie hervorhebe, unterscheiden. Das große Ziel der argentinischen Regierung sei es insgesamt, das alte Modell des Exports unverarbeiteter Agrarprodukte zu überwinden und mittels Bioressourcen und Biotechnologie größere wirtschaftliche Autonomie zu erlangen.

Über die Besonderheiten der US-amerikanischen Bioökonomie, die unter der Präsidentschaft Trump einen noch schwereren Stand habe als zuvor, referierte *Laura Devaney* (University of California, Berkeley) in ihrem Beitrag mit *Alastair Iles* (University of California, Berkeley) „*Towards a Regional Governance Approach for the US Bioeconomy: Scales of Progress, Power and Potential*“. Trotz US-spezifischer Stärken wie dem ausgeprägten Unternehmergeist und vielfältigen Ressourcen sei die Bestandsaufnahme der Bioökonomie im Land ernüchternd. Die Politik habe den Bereich weitestgehend privaten Akteuren überlassen, was zu einer geographischen Fragmentierung geführt habe. Als Ansatz für die Zukunft schlägt Devaney ein polyzentrisches Modell vor, das verschiedene Staaten-Cluster differenziert und diese in der Entwicklung ihrer Bioökonomie unterstützt.

Die globale Rundschau über den Stand der Bioökonomie wurde schließlich von *Tobias Schulz* (Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft Birmensdorf) mit seinem Beitrag (gemeinsam mit *Eva Lieberherr*, ETH Zürich und *Astrid Zabel*, HAFL Zollikofen) zu „*Sustainable Economy Trade-Offs' as a Governance Challenge for a Transformation Towards a Bioeconomy: Conceptual Foundation and a First*

*Glimpse at the Level of National Policy Strategies*“ abgeschlossen. Er führte dabei in die aktuellen Herausforderungen der Waldpolitik der Schweiz ein. Notwendig sei, einen Ausgleich zwischen Umweltschutz und der kommerziellen Nutzung von Waldgebieten herzustellen. Ein integrativer Ansatz müsse, um erfolgreich zu sein, die Interessen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigen. Schulz kritisierte darüber hinaus, dass in der Schweiz, wie auch in Deutschland, Zielkonflikte im Bereich der Waldpolitik nicht offen und direkt debattiert würden.

Im Anschluss an die Beiträge wurde in der allgemeinen Diskussion ausführlich und kontrovers über den Terminus Bioökonomie debattiert. Einige sehen in diesem neuen Begriff kaum mehr als ein klingvolles Etikett für die längst etablierte menschliche Nutzung natürlicher Ressourcen. Dem wurde in der Diskussion entgegnet, dass sich die Bioökonomie durch den spezifischen Einsatz neuartiger Technologie auszeichne. Schon aufgrund der postmodernen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, werde sich die Ressourcennutzung der Zukunft fundamental von der hergebrachten Ressourcennutzung unterscheiden müssen. Außerdem tauschte man sich über die Frage aus, ob bei der Bioökonomie tatsächlich, wie von den vorgestellten Papers suggeriert, nationale Strategien vorlägen oder das Augenmerk nicht vielmehr auf Internationale Strategien und Institutionen gelegt werden sollte.

### **Panel 9: Populistische Transformationen und ihre Gegenbewegungen – Demokratien und Autokratien im Vergleich**

Das Panel „*Populistische Transformationen und ihre Gegenbewegungen – Demokratien und Autokratien im Vergleich*“, geleitet von Lazaros Miliopoulos (Universität Bonn) und Rolf Frankenberger (Eberhard-Karls-Universität Tübingen), eröffneten Tom Manewitz (Technische Universität Chemnitz) und Isabelle-Christine Panreck (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), die sich in ihrem Beitrag mit dem Titel „*Die Alternative für Deutschland – eine antidemokratische Partei? Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien und Forderungen von Levitsky und Ziblatt*“ fragten, wie sich der Autoritarismusgrad der Partei Alternative für Deutschland (AfD) bestimmen lässt. Für dieses Vorhaben zogen sie das akteurszentrierte Konzept von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt zurate, dessen komplexen Indikatorenkatalog sie im Folgenden auf die AfD anwendeten. Die Autoren stellten dabei fest, dass gleich mehrere Indikatoren die anzeigen sollen, ob eine Partei als autoritär einzustufen ist, auf die AfD zutreffen würden, wobei nach Levitsky und Ziblatt schon einer ausgereicht hätte, um dies zu bescheinigen. Allerdings muss konstatiert werden, dass das zugrunde gelegte Analysemodell von Levitsky und Ziblatt stark auf das politische System der USA zugeschnitten und daher nur bedingt auf andere Staaten übertragbar sei.

Noch am Beginn seines Forschungsvorhabens zum Thema „*Gegenbewegungen - (Rechts)Populistische Weltenentwürfe wider die offene Gesellschaft*“ befindet sich Rolf Frankenberger (Eberhard-Karls-Universität Tübingen). Er möchte sich in Bezug auf die Populismusforschung dabei möglichst auf eine übergeordnete Ebene begeben, um eine umfassendere Perspektive einnehmen zu können. Konkret soll es in seinem Forschungsvorhaben darum gehen herauszufinden, inwiefern populistische Bewegungen

und politische Utopien zusammenhängen. Schnittstellen zwischen Populismus und Utopismus gebe es etwa aufgrund der Selbstwahrnehmung ihrer Vertreter als Gegenentwurf zur bestehenden sozialen Ordnung. In seinem Forschungsprojekt will Frankenberger Texte populistischer Autoren, wie zum Beispiel Thilo Sarrazin einer qualitativen Inhaltsanalyse unterziehen und zudem die Wirkung populistischer Texte auf die Bevölkerung untersuchen.

Ein warnendes Beispiel dafür, wohin Populismus führen kann, stellte in ihrem Beitrag „*Der Zusammenbruch der Demokratie: Auswirkungen einer populistischen Transformation in Venezuela*“ Ana María Isidoro Losada (Freie Universität Berlin) vor, die gemeinsam mit ihrer Kollegin Rita Bitar Deeb die Transformation des politischen Systems in Venezuela analysiert hatte. Ein besonderes Charakteristikum des venezolanischen Populismus bestehe dabei in der Ideologisierung und Politisierung des Militärs, das eng in den venezolanischen Machtapparat eingebunden sei. Unter wirtschaftlich schwierigen Bedingungen sei Venezuela deinstitutionalisiert worden und habe sich von einer populistischen Demokratie unter Hugo Chávez zunächst in eine populistische Autokratie und unter Nicolás Maduro schließlich in eine ausgebaute Diktatur entwickelt.

In der anschließenden Diskussion fokussierten sich die Wortbeiträge zunächst auf das Konzept von Levitsky und Ziblatt. Dessen Passung für eine Analyse europäischer Fälle wurde kontrovers diskutiert. Im Hinblick auf die Frage von Populismus und Utopie wurde kritisch angefragt, inwiefern der gegenwärtig beobachtbare Populismus gerade keine Utopien entwickle, sondern vielmehr mit anti-utopistischer Programmatik in Erscheinung trete.

#### **Panel 10: European Welfare States after Crisis: Actor Centred Approaches to the Politics of Exclusive Solidarity**

Der Schwerpunkt der ersten drei Vorträge des Panels „*European Welfare States after Crisis: Actor Centred Approaches to the Politics of Exclusive Solidarity*“ unter dem Titel: „*Immigration and the Welfare State: Populist Domination, or Mainstream Debate?*“, dem Stefan Wallaschek (BIGSSS Universität Bremen) vorsah (Diskutandin Eva-Maria Euchner (Ludwig-Maximilians-Universität München)), lag auf den unterschiedlichen Perspektiven zu Migration in der öffentlichen Debatte und deren populistischer Instrumentalisierung.

Matthias Enggist (Universität Zürich) stellte seine Forschung über die „welfare priorities“ vor, die relativen Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf verschiedene Arten von Wohlfahrtsstaatsreform („*Who Prioritizes Welfare Entitlements for Immigrants?*“). Nach Enggist können zwei Arten von Wohlfahrtsstaatsprioritäten unterschieden werden: Universalismus, der generelle Zugang aller zum Wohlfahrtsstaatsregime, und Wohlfahrts-Chauvinismus, demzufolge die Migrantinnen und Migranten weniger Anspruch auf Wohlfahrtsleistungen hätten, da sie weniger zur Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat beigetragen haben. Unterschiede in der vorherrschenden Priorität dahingehend können, so Enggist, die Unterschiede in Wohlfahrtsstaatsreformen zwischen einzelnen Ländern recht gut erklären.

*Eloisa Harris* (BIGSSS Universität Bremen) referierte über ebendiesen Wohlfahrts-Chauvinismus, also die Idee, dass Migrantinnen und Migranten aus dem Wohlfahrtsstaat auszuschließen seien, als eine Dimension des parteipolitischen Wettbewerbs („*Beyond Welfare Chauvinism: The Party Politics of Deservingness and Desirability in Western Europe*“). Auf Basis ihrer Forschung erklärte Harris die Varianz im Ausmaß von Wohlfahrts-Chauvinismus in den westeuropäischen Ländern anhand der Unterschiede im institutionellen Feedback und im Ausmaß des Einflusses von rechtsradikalen Parteien im Zeitverlauf.

*Mikko Kuisma* (Eberhard-Karls-Universität Tübingen) und *Mikael Nygard* (Åbo Akademi Universität) berichteten in ihrem Beitrag „*The Nordic Model of Welfare Chauvinism? Populist Welfare Discourses in Finland and Sweden*“ über zwei Fallstudien zum Wohlfahrtschauvinismus in Finnland und Schweden. Auf Grundlage der analysierten Fälle rekonstruierten sie eine besondere nordische Variante des Wohlfahrtschauvinismus, indem sie die Diskurse und Debatten in den beiden Ländern tiefenscharf in den Blick nahmen.

Die weiteren drei Vorträge im zweiten Teil des Panels („*Social Policy Under Pressure: Perspectives on Partisan Politics*“, Leitung: *Eloisa Harris* (BIGSSS Universität Bremen), Diskutand: *Mikko Kuisma* (Eberhard-Karls-Universität Tübingen)) befassten sich mit der Sozialpolitik aus der Perspektive des Parteienwettbewerbs.

Im Vortrag von *Michael Pinggera* (Universität Zürich) „*Which Policies to Emphasise? Partisan Welfare Politics in Advanced Capitalism*“ standen die wirtschaftliche und strukturelle Herausforderungen, denen sich die Sozialpolitik in Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus stellen muss im Zentrum. Als zentrale Komponente wurde im Vortrag auf die „welfare priorities“, also die Prioritäten der Wählerschaft im Hinblick auf die Ausprägung von wohlfahrtsstaatlicher Politik, eingegangen. Deren Bedeutung sollte bei der Analyse von Veränderungsdynamiken in diesem Politikbereich von der Forschung noch stärker kritisch beleuchtet werden.

*Philip Rathgeb* (Harvard University) referierte in der Präsentation „*New Pro-Welfare Party? Growing Working-Class Support and the Freedom Party of Austria*“ über die Auswirkungen der radikalen rechtspopulistischen Parteien auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik eines Landes am Beispiel der FPÖ in Österreich. Im Vortrag gelang es Rathgeb, insbesondere den Anpassungsprozess der rechtspopulistischen FPÖ an eine zunehmende Pro-Arbeiter-Stimmung in der österreichischen Wählerschaft nachzuzeichnen und zu erklären.

Der letzte Beitrag des Panels von *Alexander Horn* (Universität Aarhus / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), *Anthony Kevins* (Universität Utrecht) und *Kees van Kersbergen* (Universität Aarhus) befasste sich schließlich mit der sozialpolitischen Behandlung von hoch- und niedrigqualifizierten Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt („*The Politics of Conditional Solidarity: Political Determinants and Electoral Consequences of Workfare*“). Die Vortragenden diskutierten dabei die Frage, ob Staaten institutionelle Strategien und Instrumente, wie beispielsweise die Arbeitslosenversicherung, nach dem Prinzip der exklusiven Solidarität ausrichten und dabei die

Arbeiterinnen und Arbeiter je nach Qualifikationsniveau unterschiedlich behandeln sollten.

In der allgemeinen Diskussion wurden zentrale Element des Panels, insbesondere die Frage von „welfare priorities“ nochmals kontrovers aufgegriffen und im Spannungsverhältnis zu Fragen des Wohlfahrts-Chauvinismus kritisch diskutiert.

### **Panel 11: Der große Strukturwandel: Einstieg in die Verkehrswende**

Unter der Leitung von *Weert Canzler* (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) machten *Tobias Haas* und *Achim Brunnengräber* (Forschungszentrum für Umweltpolitik Berlin) den Einstieg in das Panel „*Der große Strukturwandel: Einstieg in die Verkehrswende*“ mit ihrem Beitrag zu Thema „*Risse im Getriebe der automobilen Hegemonie*“. Die Automobilindustrie sehe sich im Moment großen Herausforderungen gegenüber, da nicht nur Dieselfahrzeuge, sondern auch Benziner und elektrisch fahrende Autos in der Bevölkerung immer kritischer betrachtet würden. Die Forscher stellten auf der einen Seite die große immaterielle Bedeutung des Automobils für viele Deutsche fest. So diene es für viele Bürgerinnen und Bürger nicht selten der ideologischen Absicherung und symbolisiere Werte wie Freiheit, Wohlstand und Wachstum. Auf der anderen Seite rückten langfristige Entwicklungen wie Klimawandel und Umweltzerstörung, wie auch der bekanntgewordene Diesel-Skandal die Schattenseiten des Kfz immer stärker in den medialen Mittelpunkt. Für die nächsten Jahre seien sowohl eine Erneuerung der Autohegemonie, als auch ein anhaltender Bedeutungsverlust des Autos möglich, entscheidend dabei dürften spezifische Möglichkeitsfenster und der gesellschaftliche Einfluss sozialer Bewegungen sein.

*Jörg Kemmerzell* (Technische Universität Darmstadt) referierte in seinem Beitrag (zusammen mit *Michele Knodt*, Technische Universität Darmstadt) über „*Die Governance der Sektorkopplung. Herausforderungen für die zweite Phase der Energietransformation*“. Die bisher weitgehende Begrenzung der Energiewende auf den Stromsektor sei unzureichend, um eine erforderliche Dekarbonisierung des Landes voranzubringen, weshalb in einem nächsten Schritt die Nutzung und Speicherung von Energie verbessert werden müsse. Angesichts des großen Konfliktpotenzials im Zusammenspiel von Atomausstieg, Kohleausstieg und gleichzeitig steigendem Energiebedarf sei eine Kopplung von Energie- und Verkehrssektor unumgänglich. Hierfür werde die 2018 von der Bundesregierung ins Leben gerufene Nationale Plattform „Zukunft der Mobilität“ von großer Bedeutung sein, die Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeiten soll.

*Jenny Rademanns* (Universität Göttingen) Arbeit „*Die Landesministerien als Akteure der infrastrukturellen Verkehrswende*“ behandelte diverse Schwierigkeiten, die bei einer grundlegenden Transformation von Verkehrssystemen auftreten können. So liege der Fokus vieler Landesministerien stark auf der verkehrspolitischen Entwicklung urbaner Gebiete, während das ohnehin eher geringere Veränderungspotenzial in ländlichen Räumen zu oft noch gar nicht ausgeschöpft werde. Insgesamt laufe die infrastrukturelle Verkehrswende nur sehr langsam an, was nicht zuletzt durch starke Pfadabhängigkeiten und den retardierenden Einfluss der Autoindustrie, aber auch von Gewerkschaften wie der IG Metall, bedingt sei.

*Nils Stockmann* (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) richtete den Blick in seiner vergleichenden Fallstudie „*Verkehrswenden‘ als Schlüssel zur Einhaltung von EU-Umweltrichtlinien? Übersetzungen der EU-Luftqualitätsnorm 2008/50 im Vergleich*“ darauf, wie einzelne Städte, namentlich Brüssel, Glasgow und Hamburg, bei der Umsetzung einer europäischen Umweltnorm mit hoher verkehrspolitischer Relevanz vorgegangen sind. Bei einer Übersetzung von EU-Richtlinien in lokale Regelungen spielten, so Stockmann, Gerechtigkeitsclaims einzelner Gruppen eine bedeutende Rolle. Ebenso seien allerdings auch lokale Spezifika wirkmächtig, etwa lokale Identitäten oder die Überzeugung der Beteiligten über spezifische Formen „lokalen Wissens“ zu verfügen. Entscheidend sei, dass solche örtlichen Befindlichkeiten berücksichtigt und die Stakeholder in der Stadt in die Umsetzung miteinbezogen würden.

Die abschließende Diskussion drehte sich zunächst um die Frage, wie genau sich die zukünftige Nationale Plattform „Zukunft der Mobilität“ zusammensetze werde, begleitet von dem Aufruf, dieser neugeschaffenen Plattform genau zu kontrollieren. Jenny Rademann erläuterte auf Nachfrage, welche Variablen sie verwendet habe, um den Fortschritt der Verkehrswende in einzelnen Regionen zu messen. Unter anderem habe sie sich hierzu angeschaut, wie viele Straßenprojekte jeweils auf ein Schienenprojekt kämen. Ergänzend dazu wurde angeregt, dass auch die zeitliche Länge eines Projekts betrachtet werden müsse.

### **Panel 12: Future Advances in Regime Type Analysis**

Im Panel „*Future Advances in Regime Type Analysis*“, dem *Johannes Gerschewski* (Technische Universität München) und *Christoph Mohamad-Klotzbach* (Julius-Maximilians-Universität Würzburg) vorsäßen, stellte zunächst *Laura Seelkopf* (Ludwig-Maximilians-Universität München) ihr Forschungsprojekt „*The Rise of Modern Taxation: A New Comprehensive Dataset of Tax Introductions Worldwide*“ vor. Dem Beitrag lag die Frage zugrunde, inwiefern die Demokratisierung eines Staats dessen Steuerkonzept beeinflusst. Die Hypothese, dass ein Land progressive Steuersätze einführe, wenn es sich von einer Autokratie hin zu einer Demokratie entwickelt, wurde mit einem umfassenden Datensatz zur Steuergesetzgebung in den letzten 200 Jahre für Staaten auf der ganzen Welt überprüft. Für Staaten die nicht schon lange der OECD angehörten lasse sich dies tatsächlich bestätigen. Zudem zeigten die Ergebnisse, dass Kriege, vor allem in Europa, einen starken Einfluss auf die Steuererhebung von Ländern gehabt habe und dass Steuersysteme im Allgemeinen beständiger seien als politische Regime.

*Tanja Eschenauer-Engler* (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg) beschäftigte sich in ihrer Arbeit zu „*Military Coups and the Media*“ mit dem Zusammenhang der Wahrscheinlichkeit eines Militärputschs und dem Grad an Zensur in autokratischen Regimen. Dabei lässt sich so Eschenauer-Engler die Hypothese, dass ein hoher militärischer Rang eines Putschisten diesem bessere Informationszugänge ermögliche und damit die Gefahr der Behinderung eines Putschversuchs durch starke Zensur reduziere, belegen. Hauptsächlich bei Putschversuchen durch niederrangige Militärs lasse sich ein negativer Zusammenhang mit dem Ausmaß an Zensur feststellen. Zu folgern

sei aus diesen Ergebnissen, dass man die binäre Vorstellung von Elitenwiderstand auf der einen und Massenprotesten auf der anderen Seite als zentralen Erklärungsansätze für Regimewechsel in Autokratien aufgeben und durch ein differenzierteres Bild, etwa einer Unterscheidung verschiedener Typen von Putschen, ersetzen sollte.

Zum Abschluss des Panels widmete sich *Chiara Valsangiacomo* (Universität Zürich) in ihrem Beitrag zu „*Fluid Democracy – Outlining the Formal Functioning and Procedural Principles of a Nascent Model of Democracy*“) dem Versuch, einer Wesensbestimmung von Liquid Democracy vorzulegen. Das Konzept beschränke sich, wenn es denn auf der Regierungsebene angewandt werde, mittlerweile sehr stark auf unmittelbare Formen der Stimmabgabe. Vorstellung einer liquiden gesellschaftlich-politischen Meinungsbildung seinen dagegen zunehmend in den Hintergrund getreten. Letztlich lasse sich das Vorhandensein von Liquid Democracy in einem politischen System anhand relativ weniger Variablen erfassen. In ihrem dem Vortrag zugrundeliegenden Artikel möchte Valsangiacomo durch eine entsprechende Fokussierung die Essenz von Liquid Democracy identifizieren und messbar machen.

Insgesamt wurde im Panel die Mannigfaltigkeit des Forschungsfeldes deutlich, was sich auch in der breiten Diskussion zu unterschiedlichen Aspekten von Regimewandel und Performanz niederschlug.

### **Panel 13: Sustainable Bio-Governance**

Das Panel „*Sustainable Bio-Governance*“, dessen Leitung *Stefan Wurster* (Technische Universität München) übernahm (Diskutand *Michael Hein* (Universität Göttingen)), wurde durch den Beitrag von *Jens Newig* und *Nicolas Jager* (Leuphana Universität Lüneburg) eröffnet, in dem sie der Frage nachgingen, inwieweit Institutionen und Governance ausschlaggebend für die Transformationen hin zu größerer Nachhaltigkeit in einem Gemeinwesen sein können. In ihrem Forschungsvorhaben zu „*Institutions and Governance as Leverage Points for Transformations to Sustainability*“ soll untersucht werden, wie es zur Überwindung von Pfadabhängigkeiten in der Gesellschaft, zum Beispiel im Hinblick auf das Konsumverhalten von Bürgerinnen und Bürgern, kommen kann und welche Rolle dabei staatliche Steuerung spielt. Allgemein führten die beiden aus, dass umfangreiche Transformationen Richtung Nachhaltigkeit integrativer erforscht werden müssten, als dies bisher der Fall gewesen sei.

*Ulrich Hartung* und *Felix Hörisch* (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg) gingen in ihrem Beitrag „*Regulation vs Symbolic Policy-Making: Genetically Modified Organisms in the German States*“ der Frage nach, ob und wie gentechnisch veränderte Organismen in der BRD reguliert werden. Der hohe Konfliktgrad, der dem Thema innewohne, spiegle sich in der Varianz der Policies zwischen den Bundesländern wider. So sei etwa festzustellen, dass westliche und grün mitregierte Bundesländer eher dazu tendieren würden, Mitglied des „GMO-FREE EUROPE“-Netzwerks zu werden, das sich gegen den Einsatz von Gentechnologie ausspricht. Es zeige sich insgesamt, dass die Bundesländer in diesem Politikfeld über ein relativ hohes Maß an Autonomie verfügen, alldieweil viele selbiges bisher eher für Symbolpolitik genutzt hätten.

Als nächste berichteten *Maria Proestou* und *Wibke Crewett* (Humboldt-Universität Berlin) unter dem Vortragstitel „*Does Populist Agricultural Policy Drive the German Energy Transition?*“ von einer geplanten agrarpolitischen Reform in Niedersachsen. Diese betrachteten sie unter dem Blickwinkel, inwieweit dort populistische Narrative, wie etwa „heimische Kleinbauern versus profitbesessene Großindustrie“, eine Rolle gespielt hätten. Tatsächlich kamen sie zu dem Schluss, dass die Reform der Regularien zu Agrarlanderwerb und -verkauf im Kern eine pragmatische Ausdehnung bereits bestehender Gesetzgebung sei. Letztlich handle es sich eher um eine traditionell sozialpolitische als eine populistische Maßnahme.

*Inaiê Takaes Santos* (Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung) schloss die Präsentationen mit seinem Projekt zu „*Resource Nexus Governance Challenges: Lessons from Biofuels to the Development of the Bioeconomy*“ ab. In seinem Beitrag betonte er das Potenzial des bislang untererforschten Nexus-Ansatzes für die Kontroverse um Biokraftstoffen und Bioökonomie. Dieser Ansatz könne Zielkonflikte zwischen den beiden Bereichen deutlich besser identifizieren, da er stärker als andere Ansätze die spezifische Interdependenz reflektiere und auch indirekte Folgen von Technologien mitberücksichtige.

In der Diskussion am Ende des Panels standen unter anderem Fragen zur Agrarreform in Niedersachsen im Mittelpunkt. So wurde darüber debattiert, ob es sich dabei tatsächlich um eine grundlegende Transformation oder es sich lediglich um einen geringfügigeren Wandel gehandelt habe. Auch wurde kritisch angemerkt, dass in praktisch jeder Diskussion zu einem Gesetz auch Spuren populistischer Narrative zu finden seien dürften. Schließlich wurde angeregt, eine ergänzende Analyse öffentlicher Statements zu der Reform durchzuführen, um das Ausmaß des populistischen Inhalts der Diskussion besser bestimmen zu können.

#### **Panel 14: Die Energiewende als „klassische“ Transformationspolitik? Herausforderungen für die Policy- und Governanceforschung**

Den ersten Teil des Panels „*Die Energiewende als „klassische“ Transformationspolitik? Herausforderungen für die Policy- und Governanceforschung*“, das von *Jörg Radtke* (Universität Siegen) geleitet wurde (Diskutanden *Barbara Praetorius* (Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin) und *Roland Czada* (Universität Osnabrück)) eröffnete *Anna Leipprand* (Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change) mit der Präsentation ihres Forschungsprojekts (gemeinsam mit *Christian Flachsland*, Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change) zu „*Sequencing in Multi-Level Governance: Tracing EU Climate and Energy Policy Evolution*“. Im Rahmen ihres Forschungsprojekts sollte genauer untersucht werden, wie durch die schrittweise Verschärfung von Politiken Effekte hervorgerufen werden, die etwaige Policy-Blockaden reduzieren helfen können. In zwei Fallstudien zur Emissionshandelsrichtlinie und zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie konnte festgestellt werden, dass durch die sequenzielle Weiterentwicklung tatsächlich Barrieren zur

Durchsetzung einer Policy abgebaut werden können. Durch sequenzielle Politikgestaltung können Lernprozesse ausgelöst werden, die dazu beitragen politische Kosten von Reformen zu reduzieren.

*Boris Gotchev* (Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung Potsdam) schloss an den ersten Beitrag mit seiner Arbeit zu „*What Can Political Science Theory Add to Sustainability Transitions Theory? Analyzing the Politics of Governing ‘Big Transformations’ and Community Energy*“ an. In seinem Vortrag untersuchte er dabei die Bedeutung lokal tätiger, aber translokal vernetzter Energiegemeinschaften für die Energiewende. Interessant seien bei der Betrachtung derartiger Gemeinschaften sowohl deren Organisationsstruktur als auch ihre Fähigkeit, strategisch zu handeln. Mithilfe einer Fallstudie der „European federation for renewable energy cooperatives“, einem 2013 formalisierten paneuropäischen Netzwerk, das der Zivilgesellschaft im energiepolitischen Diskurs in der EU Gehör verschaffen möchte, kam Gotchev zu dem Schluss, dass ein Energiegemeinschaftsnetzwerk als Akteur eine Mischung aus sozialer Bewegung und NGO darstellen kann. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die Zivilgesellschaft in der Literatur zu nachhaltigen Transformationen bisher noch zu wenig berücksichtigt wurde.

Anschließend präsentierte *Nicolas Schmid* (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich) eine mit *Leonore Hälg*, *Irina Simmen*, *Sebastian Sewerin* und *Tobias S. Schmidt* durchgeführte Forschungsstudie zur Sequenzierung privater und öffentlicher Governance in der schweizerischen Energiepolitik („*Sequencing Voluntary and Mandatory Governance: The Case of Energy Efficiency in Buildings in Switzerland*“). Konkret betrachteten sie die für die Energiewende wichtige Baubranche unter dem Gesichtspunkt, ob eine Kombination aus privaten und öffentlichen Governance-Formen im Hinblick auf energieeffizientere Gebäude positive Feedback-Effekte erzeugen kann. Die Resultate basierend auf Experteninterviews und einer quantitativen Untersuchung zur Entwicklung von Heizstandards in den verschiedenen Schweizer Kantonen belegten dabei positive Wechselwirkungen zwischen privaten und öffentlichen Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung. Solche Wechselbeziehungen seien auch in anderen Sektoren zu erwarten und könnten eine Chance im Kampf gegen den Klimawandel darstellen.

*Annika Sohre* (Universität Basel) legte schließlich erste Ergebnisse ihrer für Deutschland und die Schweiz vergleichend angelegte Forschungsarbeit (zusammen mit *Basil Bornemann* (Universität Basel)) „*The Meta-Governance of Energy Transitions – Comparing Germany and Switzerland*“ vor. Die analytische Perspektive einer Meta-Governance sei vielversprechend, da der Staat in der Energiewende verschiedene Governance-Formen zu koordinieren habe. Diese Tatsache sei in der Forschung bisher aber noch kaum explizit angesprochen worden. Zentrale Dimensionen der ländervergleichenden Analyse sollten darüber hinaus die relevanten Akteure sowie deren jeweilige Strategien sein.

Der zweite Teil des Panels zur Energiewende (Diskutanden *Weert Canzler* (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) und *Miranda Schreurs* (Technische Universität München) wurde von *Leon A. Lieblang* (Universität Duisburg-Essen) mit der Frage, wie es zu den einzelnen Phasen der deutschen Energiepolitik kam und wodurch die Übergänge bedingt waren, eingeleitet („*Klassische Transformationspolitik oder Sonderweg? Steuerungsmuster der Energiewende*“). So habe nach einer langewährenden Phase des wirtschaftsliberalen Laissez-faire die Energiewende, als die aktuelle Phase der Energiepolitik, zu einem Rückbau von Wettbewerbselementen und stärkerer staatlicher Steuerung geführt. Als längerfristige Trends seien insbesondere eine Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene, eine stärkere Dezentralisierung sowie die Zunahme der Akteursvielfalt im Politikfeld zu konstatieren.

*Achim Brunnengräber* (Freie Universität Berlin) widmete sich in seinem gemeinsamen Beitrag (mit *Dörte Themann*, Freie Universität Berlin) „*Soziotechnische Analogien als Erfahrungshintergrund für die Große Transformation. Windkraft, Fracking, Carbon, Capture and Storage (CCS) und ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle im Vergleich*“ der Analyse möglicher Analogien zwischen der Frage der Endlagerung von Atommüll und dem Umgang mit anderen energiepolitisch brisanter Technologien, wie Fracking und der Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>. Das ungelöste Problem der Entsorgung nuklearen Abfalls könnte von der Erstellung eines Erfahrungshintergrunds anhand der Entwicklung im Hinblick auf vergleichbarer Energietechnologien profitieren. Interessante Parallelen ließen sich zum Beispiel darin finden, dass alle in den unterschiedlichen Bereichen aufgelegten Strategien als Beitrag zum Klimaschutz geframed würden und in der Gesellschaft sowohl die jeweiligen Technologien selbst wie auch wissenschaftliche Erkenntnisse über sie mit großer Skepsis betrachtet würden.

Framing war auch das zentrale Thema der Forschungsarbeit „*The Future of Coal in Europe's Coal Heartland. A Comparative Frame Analysis*“, in der *Maksymilian Zoll* (Technische Universität Darmstadt) zusammen mit *Filip Cernoch* (Masaryk-Universität Brunn), *Jörg Kemmerzell* (Technische Universität Darmstadt) *Michèle Knodt* (Technische Universität Darmstadt) sowie *Jan Osicka* (Masaryk-Universität Brunn) die mediale Darstellung der Zukunft der Kohleenergie in Deutschland, Polen und Tschechien aus vergleichender Perspektive in den Blick genommen hat. Auf Basis der Auswertung auflagenstarker nationaler Zeitungen machten sie verschiedene Frames aus, die den nationalen politischen Diskurs jeweils maßgeblich bestimmen würden. Während in der deutschen Berichterstattung sowohl die Bedeutsamkeit eines nachhaltigen, technologischen Wandels als auch Berücksichtigung lokaler Bedingungen an Kohlestandorten maßgeblich seien, werde in Polen die Fortsetzung des Kohleabbaus medial weitgehend positiv begleitet und in Tschechien häufig eine Dichotomie von Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung betont. Generell verstärkten die untersuchten Medien die jeweilige nationale Energiepolitik eher, als sie grundlegend in Frage zu stellen.

In der anschließenden Diskussion wurde in Bezug auf Lieblangs Beitrag die Rolle von Atomkraftgegner für die Entwicklung der deutschen Energiepolitik thematisiert. Darüber hinaus wurde angeregt, die historische Entwicklung bis in die Zeit nach dem EEG weiterzuverfolgen, wobei die Rolle spezifischer staatlicher Steuerungsinstrumente, wie

beispielsweise einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung, in Zukunft immer wichtiger werden dürfte. In Bezug auf den Beitrag von Brunnengräbers wurde betont, dass es sich hierbei um ein bislang stark vernachlässigtes Thema in der politikwissenschaftlichen Forschung handele. Im Spezifischen wurde angeregt, in die Untersuchung auch persistente organische Schadstoffe als einen sehr geeigneten Vergleichsbereich mit einzubeziehen.

### **Panel 15: Technikregulierung im digitalen Zeitalter aus vergleichender Perspektive**

Das geplante Panel „*Technikregulierung im digitalen Zeitalter aus vergleichender Perspektive*“ unter der Leitung von *Lena Ulbricht* (WZB und Weizenbaum Institut für die Vernetzte Gesellschaft) und *Wolf Schünemann* (Universität Hildesheim) (Diskutand *Toralf Stark* (Universität Duisburg-Essen)) mit Beiträgen von *Wolf Schünemann*, *Jana Windwehr* (Universität Halle-Wittenberg), *Andreas Baur* (Universität Tübingen), *Anna Tilling* (Universität Tübingen) und *Ingrid Schneider* (Universität Hamburg) musste leider entfallen.

### **Panel 16: Novel Methodological Approaches in Comparative Politics: Digital Trace Data and Computational Social Science**

Im Panel „*Novel Methodological Approaches in Comparative Politics: Digital Trace Data and Computational Social Science*“, welches *Sebastian Stier* (Universität Duisburg-Essen & GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften) und *Andreas Jung-herr* (Universität Konstanz) leiteten, stellte zunächst *Sebastian Stier* seine Arbeit „*Enemies of the People: Party Cues, Populism and Selective Exposure to News*“ vor, in der die Frage behandelt wurde, inwiefern die populistische Haltungen von Menschen deren Nachrichtenkonsum beeinflussen kann. Dazu wurden soziodemographische Daten von Internetnutzern erfasst und mit dem Besuch verschiedener Online-Nachrichtenseiten, die entweder als *Hard News* oder als *Soft News* klassifiziert wurden, in Verbindung gebracht. Als Ergebnis kristallisierte sich heraus, dass AfD-Wähler seltener und meist relativ kurz auf Hard News-Seiten zugegen seien, während Grüne im Vergleich zu Anhängern aller anderen großen Parteien deutlich weniger Bild.de-Klicks aufweisen würden. Insgesamt scheint die Parteizugehörigkeit aber relativ wenig Einfluss auf den individuellen Medienkonsum zu haben.

Im Anschluss lenkte *Carsten Schwemmer* (Otto-Friedrich-Universität Bamberg / Universität Konstanz) in seinem gemeinsamen Beitrag (mit *Emily D. Bello-Pardo*, American University, *Carly Knight* Harvard University, *Stan Oklobdzija*, UC San Diego, *Iacopo Pozzana*, Birkbeck University of London und *Martijn Schoonvelde*, VU Amsterdam) zu „*The Politics of Social Media Images: Potentials and Biases of Image Recognition Algorithms for Studying Political Behavior*“ das Augenmerk auf mögliche kognitive Verzerrungen, die von Bilderkennungsalgorithmen erzeugt werden können. Um diese zu untersuchen, wurde Googles Bilderkennungsdienst „Google Vision“ genauer untersucht. Dabei wurde deutlich, dass die hinter der Bilderkennungssoftware „Google Vision“ verankerten Mechanismen viele Stereotypen reproduzieren und etwa Gender-Verzerrungen erzeugen. Um welche Verzerrungen es sich dabei genau handelt, sei in dem Forschungsfeld als nächste wichtige Frage zu analysieren.

Der dritte Beitrag des Panels wurde von *Sina Blassnigs* (Universität Zürich) zum Thema „*Populism and Social Media Popularity: How Populist Communication Benefits Political Actors on Facebook and Twitter in Six Countries*“ eingebracht (gemeinsames Papier mit *Nicole Ernst* Universität Zürich, *Sven Engesser*, Technische Universität Dresden und *Frank Esser* Universität Zürich). In fünf europäischen Ländern sowie den USA wurden dazu Posts und Tweets bedeutender Politikerinnen und Politiker in Bezug auf ihren Grad an populistischen Inhalten sowie im Hinblick auf die Stärke der Reaktionen von Usern ausgewertet. Die Forschung ergab, dass politische Persönlichkeiten, die im Durchschnitt populistischer kommunizierten, mehr „Popularity Cues“ (Popularitätshinweise) erhalten würden als andere. Zudem sei die Wirkung populistischer Posts auf Facebook im Allgemeinen stärker als auf Twitter.

Zuletzt behandelte *Andreas Jungherr* (Universität Konstanz) das Thema „*Communicative Power: A Comparative Framework for Identifying the Relationship between Legacy and Digital Media across Media Systems*“. Auch etablierte Medien müssten zunehmend der Vermarktungslogik der neuen Onlinemedien folgen, was etwa an ihren Internetauftritten erkennbar sei. Unklar sei allerdings noch, wer in diesem neuartigen medialen System wen auf welche Weise beeinflusse. Daher sei es Ziel des für vier Staaten vergleichend angelegten Forschungsvorhabens von Jungherr, *Oliver Posegga* (Universität Bamberg) und *Jisun An* (Qatar Computing Research Institute) über die Identifizierung von Topics, Frames und Speakers die Diskursmacht einzelner Akteure des Systems zu messen und so Machtbeziehungen zwischen Akteuren genauer zu identifizieren.

In der Diskussion wurden unter anderem die starre Einteilung von Zeitungen als Soft oder Hard News sowie die Sammelvariable des Populismus kritisch hinterfragt. Bei letzterem sei beispielsweise wichtig zu differenzieren, ob die Reaktionen der User eher von populistischem Inhalt oder von den häufig damit zusammen geposteten Bildern hervorgerufen werden. Im Hinblick auf die Forschung zu „Google Vision“ wurde kritisch angemerkt, dass ein stärkerer theoretischer Ansatz vor der Betrachtung der methodischen Kapazitäten der Software womöglich hilfreich wäre.

### **Panel 17: Diversity and Political Participation: A Comparative Analysis of Challenges and Opportunities**

Das Panel „*Diversity and Political Participation: A Comparative Analysis of Challenges and Opportunities*“ unter der Leitung von *Katharina Crepaz* (Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik / Technische Universität München) umfasste insgesamt vier Berichte über das Zusammenspiel von Diversität und politischer Partizipation. *Katharina Crepaz* eröffnete das Panel mit ihrer Präsentation zu „*Diversity and (new?) Forms of Participation in Regions*“. Neue internetbasierte Partizipationsformen, die neben den traditionellen Kanälen immer wichtiger werden, ermöglichen, so Crepaz, sprachlichen Minderheiten und Menschen mit Behinderung, immer stärker an politischen Prozessen teilzunehmen. Beispielsweise können Online-Foren als „Versammlungsorte“ zur Entwicklung und Diskussion politischer Vorschläge oder der Solidaritätsbekundung

mit Minderheiten genutzt werden. Crepaz konzeptualisierte für ihre Analyse ein theoretisches Dreieck aus Diversität, Identität und Partizipation. Eine Gruppenidentität sei eine Voraussetzung für Engagement und das Internet könne Minderheiten dabei helfen, ein Kollektivbewusstsein als Angehörige einer Gruppe zu entwickeln und so Probleme politisch gemeinsam anzugehen.

*Eva Nachtschatt* vom Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik referierte im Anschluss über die Rolle der Diversität in Gesetzgebungsprozessen („*Diversity in Legislative Processes*“). Da in Demokratien Partizipation ein absolut grundlegendes Bürgerrecht darstellt, sei es unerlässlich, die Partizipationsrechte von Menschen mit Behinderung zu schützen und weiter auszubauen. Dazu sollten entsprechende internationale Schutzkonventionen in weit stärkerem Maße als bisher geschehen tatsächlich implementiert werden. Die Legitimität demokratischer Gesetzgebung insgesamt stehe in Frage, solange diese Rechte nicht umgesetzt werden. Behinderten-NGOs und Selbstvertretungsgruppen seien für die Durchsetzung dieser Umsetzung von zentraler Bedeutung und sollten daher von öffentlicher Seite ressourcentechnisch breiter unterstützt werden.

*Isabella Bertmann* (Technischen Universität München) diskutierte in ihrem Vortrag „*Disability and Equality in Political Participation*“, welche Politikfelder für Menschen mit Behinderung von besonderer Relevanz sein können. Es seien vor allem Maßnahmen in den Politikfeldern zentral, die auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsumstände von Behinderten abzielen würden. Bertmann stellte im Folgenden drei Schwerpunkte der Sozialpolitik für Menschen mit Behinderung dar: Kompensierung, Rehabilitation und Partizipation. Der letzte Schwerpunkt sei in der deutschen Politik bisher nur schwach ausgeprägt. Ein gesamtheitliches Behindertenpolitikkonzept könne helfen, die bisherigen Lücken in der Sozialpolitik zu schließen und durch bessere politische Bildung eine stärkere Machtbasis für Menschen mit Behinderung zu schaffen.

*Elisabeth Alber* (Eurac Research) referierte schließlich über die Praxis der partizipativen Demokratie in Südtirol („*Perils and Pitfalls of Participatory Democracy in Divided Societies: the case of South Tyrol*“). In Anlehnung an das Konzept der deliberativen Demokratie, versuche auch die partizipative Demokratie, die Bürgerinnen und Bürger in institutionalisierte Entscheidungsprozesse einzubeziehen, und durch deliberative Diskussionen möglichst konsensorientierte Politikergebnisse zu erzeugen. Es werde dabei versucht, die Mehrheitsentscheidungslogik soweit als möglich zu überwinden. In einer Deliberation seien zivilgesellschaftliche Institutionen, Stakeholders und Experten involviert. Wie Alber am konkreten empirischen Beispiel Südtirol veranschaulichte, gelinge es allerdings bei partizipativ angelegten Demokratieversuchen bisher noch sehr selten, die Interessen aller involvierten Gruppen wirklich ausreichend zu berücksichtigen.

In der Diskussion wurden unter anderem über die Frage der Vergleichbarkeit der Repräsentation von weiblichen und behinderten Abgeordneten sowie über die Notwendigkeit einer Differenzierung nach Untergruppen von Behinderten in der Forschung kritisch reflektiert.

## Panel 18: Participatory Governance of Transformations at the City Level

*Klaus Jacob* und *Nicole Mahlkow* (Freie Universität Berlin) eröffneten das von *Lena Bendlin* und *Jens Libbe* (Deutsches Institut für Urbanistik) geleitete Panel „*Participatory Governance of Transformations at the City Level*“ mit der Vorstellung ihres Projekts zu „*Governance of Transformations by Visions?*“. In ihrem Projekt haben sie ein besonderes Augenmerk auf die Interaktion zwischen Vision und Praxis gelegt. Ihr Argument ist dabei, dass große Transformationsprozesse auch häufig zu Verhaltensänderungen bei den einzelnen Bürgern führen können. Abhängig von Art und Ausmaß der Bürgerbeteiligung, könne die Praxis dann auch die ursprüngliche Vision verändern. Konkret untersuchten Jacob und Mahlkow ebensolche Fragen der Interdependenz und Anpassungen anhand der Reaktion kleinere deutsche Städte auf zunehmende Hitzewellen.

*Jana Baldy* (Universität Freiburg) interessierte sich in ihrer Arbeit „*You'll Never Make It without Actors' – Food System Transformation in Middle Centers of Southern Germany*“ dafür, wie in zwei kleineren süddeutschen Städten die Bürgerinnen und Bürger bei der Transformation ihres Nahrungsmittelsystems eingebunden und beteiligt wurden. Die Beteiligungsprozesse umfassten unter anderem Bürgerdialoge und Expertengespräche. Eine solche Form der Einbeziehung der Zivilgesellschaft sei von großer Bedeutung als Leuchtturmprojekt und ein erster Schritt der Politik dahin, Bürger nicht nur primär als potenzielle Wähler zu betrachten, sondern aktiv in die kommunale Politikgestaltung mit einzubinden.

Im Folgenden stellte *Jörg Knieling* (HafenCity Universität Hamburg) unter dem Titel „*The Role of Public Administration for Smart City Governance: Comparative Study of Policy Implementation in Cities Employing New Methods*“ ein umfassendes Forschungsprojekt (gemeinsam mit *Christiane Gebhardt*, Malik Institute Schweiz und *Christian Höfeler*, dchp-consulting Düsseldorf) vor, an dem auch das Fraunhofer-Institut, Beraterfirmen und zwei Städte unmittelbar mitbeteiligt sind. Es soll dabei die Frage beantwortet werden, wie Politiken der Städte zur Anpassung an den Klimawandel konkret implementiert werden können. Mittels einer „sensitivity analysis“ soll eine „Urban Governance Toolbox“ erstellt werden, die verschiedene Maßnahmen umfassen soll, mithilfe derer Städte dem Klimawandel besser begegnen können.

Schließlich präsentierten *Martin Stark* (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung) und *Britta Rösener* (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen) unter dem Titel „*Participatory Governance in Urban Climate Protection*“ ihr gemeinsames Forschungsprojekt (mit *Elena Kaip* und *Marco Schmitt*, beide Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen). Das Ziel dabei war es, die Interaktion einzelner Akteure des Klimaschutzes in Städten zu verbessern. Im Rahmen einer Zusammenarbeit mit zuvor sorgfältig ausgewählten Klimaaktivistengruppen, die als Real-World Laboratories fungierten, konnte Mechanismen identifiziert und auch reale Erfolge erzielt werden. Die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern resultierte in einer stärkeren Koordination und Zielgerichtetheit der Aktivisten, sodass die Implementierungschancen der gewünschten Klimapolitik gesteigert werden konnten.

In der Diskussion erläuterte Knieling auf Nachfrage, dass das Spezifikum des Problems des Klimawandels für die Städte darin bestehe, dass diese mit einer enormen Unsicherheit bezüglich der genauen Auswirkungen zurechtkommen müssten. Großes Interesse bestand am Vorgehen der zuletzt referierenden Forschungsgruppe. Von „Mindset Linkage“ bis Gewaltfreie Kommunikation seien verschiedenste Methoden angewandt worden, um die Gesprächsatmosphäre zwischen Aktivisten und Stadtvertretern möglichst angenehm zu gestalten. Eine Evaluation der Real-World Laboratories werde dabei noch folgen.

### **Panel 19: Climate Change Politics and the Transformation of Energy and Transport Systems**

Das abschließende Panel der Tagung trug den Titel „*Climate Change Politics and the Transformation of Energy and Transport Systems*“ und begann, unter der Leitung von *Miranda Schreurs* (Hochschule für Politik München), mit *Gerhard Fuchs* (Universität Stuttgart) Präsentation seines auf drei Jahre angelegten Forschungsprojekts „*Dissecting a Big Transformation – The German System of Electricity Production and Distribution*“. Im Zuge dessen verglich er vier zentrale Bestandteile der deutschen Strompolitik, nämlich Bürgerwindparks, Power-to-Heat-Arrangements, Energiespar-Contracting sowie intelligente Infrastrukturprojekte. Wirkliche Transformation nach der Definition von Karl W. Deutsch finde dabei lediglich durch die Bürgerwindparks statt, denn nur hier würden neue Akteure am Entscheidungs- und Umsetzungsprozess beteiligt. Letztlich gebe es in Deutschland kein kohärentes Vorgehen im Politikfeld der Energiepolitik, weshalb die Herausforderungen für jeden der vier betrachteten Fälle grundlegend verschieden seien.

Im Anschluss stellte *Kristina Kurze* (Georg-August-Universität Göttingen) ihre Fallstudie zur EU „*Promoting a “Sustainable” Energy Transition in Southeast Europe and the Eastern Neighborhood? EU-Energy Community Relations Revisited*“ vor, deren Ziel es war, die Führungsambitionen der EU in Bezug auf die Energiewende europaweit zu analysieren. Zu diesem Zweck nahm Kurze die Energiegemeinschaft, vormals Energiegemeinschaft Südosteuropa, unter die Lupe, und ging insbesondere der Frage nach, wie sehr und warum dieser Zusammenschluss Klimaschutznormen der EU übernimmt. Dabei ergab sich, dass die Gemeinschaft in den letzten Jahren zunehmend auf EU-Normen baue und diese mittlerweile als Hauptreferenzpunkt ansehe. Dieses Resultat müsse jedoch durch Process Tracing und Experteninterviews noch genauer erforscht und weiter bestätigt werden.

Zuletzt referierten *Laura Devaney* und *Diarmuid Torney* (Dublin City University) über „*Big Transformations in Irish Transport: The Institutional Context*“, wobei die beiden zunächst feststellten, dass die im Titel erwähnte grundlegende Transformation eben hier noch nicht stattgefunden habe. Vielmehr müsse zunächst noch genauer untersucht werden, unter welchen Bedingungen diese ermöglicht werden könnte. Im Rahmen einer qualitativen Analyse, basierend auf Interviews mit Stakeholdern aus dem Verkehrsbereich, soll identifiziert werden, wie der Sektor gesteuert werden kann, wodurch das vorherrschende System beeinflusst wird und welche Akteursgruppen in

diesem stark fragmentierten Politikfeld für eine Transformation sorgen könnten. Die Antworten auf all diese Fragen sollen in naher Zukunft in einem Artikel veröffentlicht werden.

In der allgemeinen Diskussion wurde, neben der vertieften Besprechung der einzelnen Beiträge im Sinne des Panelthemas, nochmals verstärkt auf die Frage der Sektorkopplung zwischen Energie- und Verkehrssystemen eingegangen. Diese wurde als zentrale Komponente für weitere Erfolge im Hinblick auf die Klimamitigation identifiziert.

## **Fazit und Schlussbemerkungen**

Die Tagung deckte vor dem Hintergrund des breit angelegten Konferenzthemas „Governance of Big Transformations“ eine bemerkenswerte Fülle an konzeptionellen, theoretischen, methodischen sowie empirischen Themenbereichen ab und gab erste Antworten auf zumindest einige der aufgeworfenen Fragestellungen. Es wurde deutlich, dass sich eine bemerkenswert große Zahl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit sozial- und politikwissenschaftlichem Hintergrund mit Fragen großer politischer, gesellschaftlicher und ökologischer Transformationsprozesse beschäftigt. Wie aus der Einzelbeschreibung der Panels sichtbar wird, wurden neben konzeptionellen Fragestellungen zum Theorieeinsatz und Theorieverschränkung, den Spezifika heutiger Transformationsprozesse im Vergleich zu Entwicklungen in früheren Epochen sowie der institutionellen, prozessualen und inhaltlichen Kopplung und Rückkopplung große Transformationsprozesse, zahlreiche empirisch vergleichend angelegte Arbeiten zu gleich mehreren zentralen Themenbereichen aktueller Transformation vorgelegt. Breiten Raum nahm, nicht zuletzt in den Keynote-veranstaltungen, dabei die Frage der ökologischen Transformation (Klima-, Energie- und Verkehrswende) ein. Deutlich wurde, dass die notwendigen Veränderungsprozesse hier nicht auf einzelne Bereiche begrenzt bleiben dürfen, sondern im Sinne einer Sektorkopplung miteinander synchronisiert und verbunden werden müssen. Eng verknüpft sind diese Felder dabei mit ökonomischen Transformationsprozessen, wie es für einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der Tagung, die aufstrebende Bioökonomie und damit verbundenen Bio-Governance ebenfalls gilt. Gleich mehrere Panels beschäftigten sich darüber hinaus mit Herausforderungen, welche die zunehmende Digitalisierung in ganz unterschiedlicher Lebens- und Wirtschaftsbereichen (Gesundheits-IT, Cybersicherheit, Online-Beteiligungsverfahren) mit sich bringt. Hierbei wurde auch die Brücke geschlagen zu grundlegenden politischen Transformationsprozessen, die sich durch das Aufkommen neuer populistischer Bewegungen, Veränderungen der Herrschaftsstruktur und Herrschaftsweise (Einsatz neuer digitaler Instrumente) in nicht demokratischen Regimen, aber auch durch neue Partizipationsansprüche und daraus abgeleitete Partizipationsformen in Demokratien ergeben dürften. Kulturelle Veränderungsprozesse wurden auf der Tagung ebenfalls beleuchtet, wobei Fragen zu Diversität und Teilhabe ebenso eine Rolle spielten wie die zukünftige politische Bedeutung von Religion. Bei der Analyse der einzelnen Themenbereiche wurde auch die methodische Vielfalt und Bandbreite der vergleichenden Politikwissenschaft sichtbar. Neben einer Vielzahl an etablierten qualitativen und quantitativen Ansätzen wurden auch neuartiger Methoden (unter an-

derem basierend auf aktuellen technologischen Entwicklungen wie Big Data, Data Mining und künstliche Intelligenz) kritisch diskutiert und zur Anwendung gebracht. Auch wenn somit ein breites Spektrum an Themen, Konzepten und Methoden auf der Münchner Tagung behandelt und eingesetzt werden konnten, so wurden doch nicht alle aufgeworfenen Fragen und Inhalte thematisiert, geschweige denn abschließend bearbeitet. Erheblicher Nachholbedarf besteht insbesondere im Hinblick auf die Rolle und Möglichkeiten neuer Steuerungs- und Governanceinstrumente die als Schlüssel zur politischen Bewältigung zahlreicher der angesprochenen Probleme gelten können. Hier wurden auf der Tagung zwar erste Vorschläge unterbreitet, die systematische Untersuchung steht aber an vielen Stellen noch aus. Noch systematischer als bisher sollten darüber hinaus die Interaktions- und Rückkopplungsprozesse von gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Transformationsprozessen und politischen Veränderungen in den Blick genommen werden. Diese Prozesse beeinflussen sich nicht nur sequenziell, sondern laufen häufig simultan ab, was die Analyse und kausale Erklärung deutlich erschweren kann. Schließlich fokussierten sich viele Forschungsbeiträge der Tagung auf die Entwicklung in klassischen Industrieländern des globalen Nordens. Eine noch stärkere Berücksichtigung der Situation in Entwicklungs- und Schwellenländer, aus vergleichend angelegter Perspektive, dürfte nicht nur dabei helfen verallgemeinerungsfähigere Erkenntnisse zu gewinnen, sondern auch den Horizont für neue Lösungsansätze zu erweitern. Gerade diese aufgezeigten Lücken und Blindstellen verweisen auf die weiteren großen Potenziale, welche die Beschäftigung mit diesen Themenstellungen für die Vergleichende Politikwissenschaft in Deutschland und darüber hinaus haben werden. Die Analyse großer Transformationsprozesse sollte daher noch stärker als bisher in den Fokus der Vergleichenden Politikwissenschaft rücken. Nicht zuletzt da die vergleichende Analyse von Governanceprozessen in unterschiedlichen Kontexten und Politikbereichen das Potenzial dafür bietet, politikwissenschaftlich fundierte Lösungsansätze für die mit den großen Transformationsprozessen einhergehenden Herausforderungen und Problemen zu finden.

Über diesen Tagungsbericht hinaus können Sie weitere Informationen zur Tagung auf der Konferenzhomepage <http://www.bigtransformations.hfp.tum.de/> finden.